
Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung (ÖGS Österreichische Gesellschaft für Soziologie – Sektion Ländliche Sozialforschung)

Protokoll der Sitzung vom 11. November 2016

An der **82. Sitzung** der Arbeitsgemeinschaft nahmen teil:

Aichinger (Universität Wien, Institut für Ostasienwissenschaften, Abt. Japanologie), Andratsch (WKO, Abt. Umwelt- und Energiepolitik), Aschenbrenner (Österreichisches Kuratorium für Landtechnik und Landentwicklung), Auer (Fachhochschule St. Pölten, Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung), Bohlheim (Bildungszentrum Gaming), Dax (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Dumreicher (OIKODROM Vienna Institute for Urban Sustainability), Eigelsreiter-Jashari (Südwind Niederösterreich-West), Fehrer (BMLFUW, Abt. II/1 Grundsatzabteilung Agrarpolitik und Datenmanagement), Fux (Bildungszentrum Gaming), Gehmacher (Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft), Chr. Gruber (Wien), Gwechenberger (BMLFUW Abt. EU-Finanzkontrolle), Häfele (Worknet Vorarlberg), Holler (Landentwicklung Steiermark), Holthus (Universität Wien, Institut für Ostasienwissenschaften, Abt. Japanologie), Jasper (SÖSTRA GmbH Berlin), Kaufmann (BMLFUW, Abt. II/9 Bildung, Innovation, Lokale Entwicklung und Zusammenarbeit), Kolland (Universität Wien, Institut für Soziologie), Kroismayr (SWS Rundschau), Lachinger (BMASK Abt. VI/1 Arbeitsmarktrecht und Arbeitslosenversicherung), Madner (BMLFUW Abt. II/2 Koordination ländliche Entwicklung und Fischereifonds), Oedl-Wieser (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Pevetz (ehem. Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Putzing (SÖSTRA GmbH Berlin), Rainer (BMGF, Abt. IV/6 Sozio-ökonomische Gleichstellung, internationale und EU-Angelegenheiten), Rockenbauer-Peirl (BMLFUW, Abt. II/9 Bildung, Innovation, Lokale Entwicklung und Zusammenarbeit), Rosenwirth (BMLFUW, Abt. II/9 Bildung, Innovation, Lokale Entwicklung und Zusammenarbeit), P. Schwarz (BMLFUW, Abt. III/4 Forstliche Raumplanung und nachhaltige Entwicklung der Waldressourcen), U. Schwarz (Institut für Geschichte des ländlichen Raumes, St. Pölten), Semanek (Institut für Geschichte des ländlichen Raumes, St. Pölten), Streppl (Sozialversicherungsanstalt der Bauern Graz, Abteilung Sicherheit und Gesundheit), Wieser (Universität Wien, Institut für Soziologie), Wiesinger (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Wilhelm (Universität Wien, Institut für Ostasienwissenschaften, Abt. Japanologie)

Entschuldigt haben sich:

M. Aigner, Amann, Amberger, Ausserer, Brauer, Burger-Scheidlin, Cervinka, Darnhofer, A. Eder, Egartner, Ehlers, Freyer, Fuhrmann, Danhel, Garstenauer, Grasberger, E. Griesbacher, Haase, Hackl, Hancvencl, Haring, Haubenhofer, Hausner, Hechenberger, Heistingner, Helmle, Hirte, Hirschmugl-Fuchs, B. Hofer, Hoffmann, Högl, Holler, Höllinger, Hoppichler, Hradil, Kapferer, Kieninger, Kirner, Kittel, Kodym, Kraml, Lampalzer, Langthaler, Larcher, Ledermüller, Lichtmannsperger, Löberbauer, Loibl, Lukas, Lützel, Machold, Manzenreiter, Moalla, Chr. Moser, Neuhofer, Niedermayr, Nigmann, Paller, Panholzer, Pass, Penker, Pernkopf, Pfusterschmid, Pirkhuber, Prop, Pucher, A. Resch, J. Resch, Rest,

Rockenbauer-Peirl, Rossier, Sancho-Reinoso, Schaller, Scherke, Schermer, Schipfer, Schmitt, A. Schwarz, Schwaiger, Spreitzer, Šťastný, Steinbacher, Seiser, Stoppacher, I. Strasser, Strutzmann, Tamme, Thünauer, Tod, Trischler, Tunst-Kamleitner, Vogel, Vögel, Welan, Wohlmeyer, K. Wurm, Zechmeister, Zetter, Ziehaus, Zipper, Zsilincsar

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft **Wieser** begrüßt alle Anwesenden recht herzlich und eröffnet die Sitzung.

Der erste Vortrag von **Sigrid Kroismayr**, studierte Soziologin, Redakteurin der SWS Rundschau und Mitarbeiterin des Club of Vienna, hatte den Titel „*Schließung der Kleinschule im Ortsteil: Folgen für das weitere Zusammenleben in der Gemeinde*“. Der Begriff Kleinschule meint hier Volksschulen, in denen klassenübergreifend unterrichtet wird, d.h. es gibt zu wenig SchülerInnen, um jeden Jahrgang für sich zu unterrichten. Im äußersten Fall bedeutet das, dass alle vier Klassen gemeinsam unterrichtet werden. Das Projekt wurde vom *Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank* finanziert. Projektleiter war *Prof. Ernst Gelmacher*, weitere ProjektmitarbeiterInnen neben der Referentin waren *Marc Bittner* und *Petra Hirzer*. Insgesamt hat sich das Projekt über zwei Jahre (2013-2015) erstreckt.

I. Methodische Vorgehensweise

Als 2013 das Projekt gestartet wurde, wusste man nicht, wie viele Kleinschulen in Österreich geschlossen worden sind, da diese Information nicht zentral aufliegt und der Pflichtschulbereich sich in der Kompetenz der Länder befindet. Um die Zahl der Schließungen zu erheben, wandete man sich deshalb zunächst an die Bildungsabteilungen der Landesregierungen. Diese Erhebungen haben ergeben, dass zwischen 2001 und 2014 insgesamt 230 Kleinschulen geschlossen worden sind. Insgesamt waren 194 Gemeinden betroffen, d.h. in manchen Gemeinden wurde nicht nur eine Schule geschlossen, sondern zwei oder sogar mehrere Schulen.

In einem nächsten Schritt wurden zu diesen Gemeinden statistische Daten gesammelt wie Bevölkerungsentwicklung, Altersverteilung, Bildungsstand, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit usw. Dabei wurde auf die Datenbank der *Statistik Austria* zurückgegriffen und insbesondere Mikrozensusdaten im Zeitverlauf, soweit sie verfügbar waren, erhoben. Weiters wurde jede Gemeinde telefonisch kontaktiert, um Kontextinformationen zur Schulschließung einzuholen. Es wurde nach der Zahl der SchülerInnen zum Zeitpunkt der Schulschließung gefragt, der Entfernung zur nächsten Schule, der Anzahl der in der Gemeinde verbleibenden Schulen und der Nachnutzung des Schulgebäude. Zusätzlich wurden 30 Interviews mit BürgermeisterInnen in ganz Österreich geführt. Zur Bestimmung der Gemeinden hat man die Zahl der Schließungen in den Bundesländern herangezogen und hat daraus anteilmäßig die Zahl der Interviews bestimmt. Für jedes Bundesland wurde dann ein Stichprobenplan erstellt, wo die Verteilung nach Regionen, Schließungszeiträume, Größe der Gemeinden, Zahl der SchülerInnen zum Zeitpunkt der Schließung, die Entfernung zur nächsten Schule und noch anderes mehr berücksichtigt wurden. Aus dieser Liste wurden dann Gemeinden ausgewählt, die anhand dieser quantitativen Merkmale als typische und charakteristische Fälle gelten konnten, in der Hoffnung, dass man damit auch ein möglichst heterogenes Bild von den qualitativen Aspekten des Schulschließungsprozesses gewonnen würde.

Bevor die Ergebnisse präsentiert werden, soll das Phänomen der Kleinschulen noch in einen größeren Kontext gestellt und die Frage aufgeworfen werden, wie viele Kleinschulen es in Österreich eigentlich gibt.

Abbildung 1: Volksschulen, Kleinschulen und aufgelassene Kleinschulen

	Stand VS 2013-14		aufgelas- sene VS (inkl. KS) 2001-2014	davon Kleinschulen (KS)			
	gesamt	Anteil KS (in %)		gesamt	2001- 2005	2006- 2010	2011- 2014
Bgld.	177	60,5	36	35	10	13	12
Knt.	233	32,6	74	52	19	10	23
NÖ	627	32,7	15	12	2	4	6
OÖ	543	27,3	44	30	4	7	19
Stmk.	474	30,2	87	58	5	12	41
Sbg.	182	35,9	5	4	0	1	3
Tirol	376	48,7	33	29	10	9	10
Vbg.	162	42,0	10	10	3	4	3
Wien	263	1,1	-	-	-	-	-
Ö	3.037	33,4	304	230	53	60	117

© Kroismayr 2016

Man sieht, dass im Schuljahr 2013/2014 österreichweit mehr als 33% aller Volksschulen als Kleinschulen geführt worden sind. D.h. man hat es hier nicht mit einem Randphänomen zu tun, sondern es handelt sich hier um eine sehr weit verbreitete Gegebenheit. An der Spitze steht das Burgenland mit über 60% Kleinschulen, gefolgt von Tirol mit 48% und Vorarlberg mit 42%. Zwischen 2001 und 2014 gab es insgesamt 230 Kleinschulschließungen. Insbesondere im Zeitraum zwischen 2011 und 2014 sind sehr viele Schulen geschlossen worden, d.h. in diesen drei Jahren fand in etwa die Hälfte der Schließungen statt. Für diesen Anstieg sind insbesondere die Bundesländer Steiermark und Oberösterreich verantwortlich, wo es auch zu Änderungen in der Bildungspolitik gekommen ist. Kärnten hat auch eine beträchtliche Anzahl von Kleinschulschließungen vorzuweisen, allerdings fanden dort schon zu einem früheren Zeitpunkt umfangreiche Schließungen statt. Kärnten ist insgesamt ein Sonderfall, auf den hier nicht weitere eingegangen werden soll.

Folgende Tabelle gibt einen Überblick darüber, wie viele Schulen in der Gemeinde noch vorhanden sind, nachdem eine Kleinschule geschlossen wurde.

Abbildung 2: Gemeinden nach Anzahl verbleibender Volks- bzw. Kleinschulen

	Zahl der Gemeinden	davon			
		keine Schule	eine Schule	zwei Schulen	drei u.m. Schulen
Bgld	24	2	14	7	1
NÖ	11	2	7	2	-
OÖ	30	5	23	2	-
Stmk	58	37	18	1	2
Knt	33	1	22	5	5
Sbg	4	-	3	1	-
Tirol	24	5	14	3	2
Vbg.	10	2	4	2	2
Gesamt	194	54	105	23	12

© Kroismayr 2016

In fast einem Viertel der Gemeinden wurde die letzte Schule geschlossen. Der Großteil dieser 54 Gemeinden befindet sich in der Steiermark. Dies hängt auch damit zusammenhängt, dass es in der Steiermark Gemeindezusammenlegungen gegeben hat, wobei allerdings die Kleinschulschließungen deutlich davor stattgefunden haben. Zwischen den Kleinschulschließungen und den Gemeindezusammenlegungen wurde nie ein direkter Zusammenhang hergestellt, da man diese Schulschließungen ausschließlich mit pädagogischen Gründen rechtfertigte. Trotzdem ist es nicht auszuschließen, dass es hier eine Verbindung gibt. Die überwiegende Zahl der Schließungen hat jedoch in

Gemeinden stattgefunden, wo es noch eine Schule gibt und diese werden auch im Fokus des Vortrages stehen, wo es um die Frage nach dem Verhältnis von Ortsteil und Gemeinde im Laufe und nach der Schließung gehen wird.

II. Theoretischer Hintergrund: „System totaler Leistungen“ (Marcel Mauss)

Um das Verhältnis von Ortsteil und Gemeinde zu fassen wird auf das Konzept „System totaler Leistungen“ von Marcel Mauss zurückgeriffen. Dieser Begriff ist relativ sperrig. Mauss selbst hat von „*prestation*“ gesprochen, was im Französischen sowohl den Austausch von Geschenken und das Erbringen von Dienstleistungen als auch das Erwidern dieser Geschenke und Dienstleistungen meint. Da es im Englischen kein äquivalentes Wort für diese Bedeutung gibt, wurde es umschrieben als „*System of total services and counter-services*“, im Deutschen ist dann daraus das „*System totaler Leistungen*“ geworden. Dieses Konzept beinhaltet nach Mauss folgende drei Aspekte: (1) „*Zunächst einmal sind es nicht Individuen, sondern Kollektive, die sich gegenseitig verpflichten, die austauschen und kontrahieren; die am Vertrag beteiligten Personen sind moralische Personen: Clans, Stämme, Familien, die einander gegenüber treten, sei es als Gruppe auf dem Terrain selbst, sei es durch die Vermittlung ihrer Häuptlinge, oder auch auf beiden Weisen zugleich.*“ (2) „*Zum anderen ist das, was ausgetauscht wird, nicht ausschließlich Güter und Reichtümer, bewegliche und unbewegliche Habe, wirtschaftlich nützliche Dinge. Es sind vor allem Höflichkeiten, Festessen, Rituale, Militärdienste, Frauen, Kinder, Tänze, Feste, Märkte, bei denen der Handel nur ein Moment und der Umlauf der Reichtümer nur eine Seite eines weit allgemeineren und weit beständigeren Vertrags ist.*“ (3) „*Schließlich vollziehen sich diese Leistungen und Gegenleistungen in einer eher freiwilligen Form, durch Geschenke, Gaben, obwohl sie im Grund streng obligatorisch sind, bei Strafe des privaten und öffentlichen Kriegs. Wir haben vorgeschlagen, all dies das System der totalen Leistungen zu nennen (Mauss 1990, 22).*“ Mauss hat dieses Konzept anhand der Analyse von Austauschbeziehungen in archaischen Gesellschaften entwickelt.

Im Vortrag soll dieses Konzept auf die Schulschließungsprozesse angewendet werden, um die Beziehungen zwischen Ortsteil und Gemeinde zu beschreiben. Konkret bedeutet dies, sich auf die Aspekte *kollektive Akteure, materiellen und immateriellen Austausch* und den *Verpflichtungscharakter*, der diesem Austausch innewohnt, zu konzentrieren und herauszuarbeiten, was diese Merkmale im Kontext der Schulschließungen für die Beziehung zwischen Ortsteil und Gemeinde bedeuten.

a) *Kollektive Akteure*

Die kollektiven Akteure bei der Kleinschulschließung sind der Bürgermeister, der dem Gemeinderat vorsteht, die Eltern im Ortsteil, teilweise auch die restliche Bevölkerung im Ortsteil und unter bestimmten Umständen auch die Eltern im Hauptort. Bei den Schulschließungen, von denen berichtet wird, ging die Initiative meistens von der Gemeinde aus. Nur in wenigen Fällen kam die Anweisung von der Landesregierung. Unabhängig davon, wer diese Schließungen initiiert, ist es zunächst einmal so, dass die Gemeinde eine Informationsveranstaltung durchführt, zu der die Eltern eingeladen werden, wo auch meistens der Bezirksschulinspektor anwesend ist und das Lehrpersonal der Schule. Dabei gibt es schon die Bestrebungen, die Kommunikation primär auf die Eltern zu konzentrieren, da die Einbeziehung der Großelterngeneration sehr viel intensiverer Diskussionen nach sich ziehen würde. Ein Bürgermeister hat dies klar zum Ausdruck gebracht: „*Man muss schauen, wie sind die Eltern denn grundsätzlich eingestellt, die Bevölkerung im Ortsteil. Wo wir einfach gesagt haben, na ja, wenn wir die Großeltern einladen würden, dann würde es wahrscheinlich hart, aber die Eltern, die sind schon ein bisschen weiter. Und jetzt, jetzt hat sich das eigentlich ganz gut entwickelt, dieser Elternabend ...*“ (Bgm 4, 5/43-48). Hier zeigt sich die Absicht, die Kommunikation auf die Eltern zu beschränken. Allerdings lassen sich die Großeltern nicht unterkriegen und protestieren trotzdem gegen diese Entscheidung, wobei ihr Widerstand nicht selten heftigere Züge trägt als jener der Eltern. Eine Erklärung dafür mag in dem Bestreben der älteren Generation liegen, die Tradition weiterzuführen, wie das etwa in dem Zitat folgenden Bürgermeisters zum Ausdruck kommt:

„Ah, was pädagogisch sinnvoll ist und so, das kannst du ja keinem erklären. Weil da hast du es ja plötzlich mit 80-Jährigen, ich mein, ich habe meine halbe Verwandtschaft im Ortsteil. Da hast du mit 80-Jährigen zu tun, Onkel, Tanten, die hauen dann noch auf den Tisch, was ich mir einbilde, da sind wir schon Schule gegangen, und da müssen auch die Enkelkinder zur Schule gehen“ (Bgm 2, 2/40-44). Die Bedeutung der Tradition wurde auch in anderen Interviews thematisiert. Um diese wichtige Motivation der Großelterngeneration zu verstehen, muss man sich vorstellen, dass sie dort aufgewachsen und dort selber in die Schule gegangen sind. Dort sind auch ihre Kinder in die Schule gegangen. Diese Schule hat sie ihr ganzes Leben lang begleitet. Wenn diese jetzt plötzlich geschlossen wird, dann bedeutet das wirklich einen herben Verlust für sie.

Wenn man jetzt nur auf die Eltern als „kollektive Akteure“ blickt, ist es nicht immer so, dass sich die Eltern im Ortsteil tatsächlich darüber einig sind, ob die Schule erhalten bleiben soll oder nicht. Das tritt v.a. dann ein, wenn z.B. Lehrerstunden gekürzt werden und jetzt nur mehr ein Lehrer unterrichtet, vielleicht unterstützt von einem Hilfslehrer mit ein paar Stunden, oder wenn die Kleinschule von einer zweiklassigen Kleinschule zu einer einklassigen Kleinschule wird, weil die Schülerzahlen nicht mehr erreicht werden. Dann würden in dieser einklassigen Schule relativ viele Kindern, so etwa um die zwanzig unterrichtet werden. In einer solchen Situation sind sich viele Eltern nicht mehr sicher, ob diese Situation tatsächlich modernen pädagogischen Standards gerecht werden kann und ob tatsächlich der Erhalt der Schule wünschenswert ist. Es kann dann Meinungsverschiedenheiten zwischen der Elternschaft im Ortsteil selbst kommen. Von so einer Situation hat jener Bürgermeister berichtet: *„Aber bei uns, wie, das war irrsinnig rasch, waren die Umschulungsanträge da. Am Schlag waren die da. Wie es die Information gegeben hat, es gibt die Stundenanzahl nicht mehr für die Kleinschule, die waren sofort da. Aber halt, still und leise, da haben sie es im Ortsteil nicht sagen getraut, wir stellen einen Umschulungsantrag“* (Bgm 5, 6/18-23). Zur Erklärung des Umschulungsantrags: die Kleinschule ist meistens ein eigener Schulsprengel. Wenn die Eltern nicht wünschen, dass das Kind in diese Schule geht, dann müssen sie einen Umschulungsantrag bei der Gemeinde stellen, damit das Kind die Schule in einem anderen Schulsprengel besuchen kann und es obliegt dann dem Bürgermeister, ob diesem Umschulungsantrag stattgegeben wird oder nicht. Im Zitat wird die Situation beschrieben, dass die Mehrzahl der Eltern im Ortsteil eigentlich für den Erhalt der Schule war, aber es doch auch einige gegeben hat, die das nicht gewünscht haben. Es kann aber auch vorkommen, dass sich die Eltern einig sind, die Schule zu schließen.

Es gibt aber auch die Situation, wo die Eltern im Hauptort aktiv werden und die Schließung der Kleinschule im Ortsteil fordern. Dazu kommt es beispielsweise, wenn die Schule im Hauptort zur Kleinschule zu werden droht, d.h. wenn die Vierklassigkeit nicht mehr erhalten werden kann. Es fehlten dann meist nur ein paar Kinder und dann kommt das Argument, dass wenn man die Kinder aus dem Ortsteil hätte, die Schule weiterhin vierklassig geführt werden könnte. Das dürfte dann schon eine Situation sein, wo es ziemliche Spannungen zwischen Ortsteil und Hauptort gibt. Dazu ein Zitat von einem Bürgermeister: *„Und dann hab ich die anderen neunundfünfzig Eltern im Genick gehabt, so salopp gesagt, ja, die was gesagt haben, das kann es nicht sein, hätten wir die Schüler vom Ortsteil, dann wären wir net dreiklassig“* (Bgm 27, 1/33-35). Und weiter: *„Aber das, was dann viel schwieriger war, den Eltern oben zu erklären, dass wir zwei Freiwillige brauchen. Und wenn es keine Freiwilligen gibt, dann werde ich zwei benennen, die was die Schule im Hauptort besuchen, ja“* (Bgm 27, 1/43-45). Da merkt man schon eine gewisse Spannung. In diesem Fall hat das nicht die Schulschließung veranlasst. Die Schule ist dann letztendlich deswegen geschlossen worden, weil im Hauptort eine neue Schule gebaut worden ist. Anders hat es sich im folgenden Fall verhalten, wo man bewusst den Schließungsprozess auf mehrere Jahre angelegt hat, um die Konflikte im Zaum zu halten. Hier erzählt die Bürgermeisterin folgendes: *„Es war dann so ein auslaufender Übergang von vier, fünf Jahren, wo jedes Jahr, ist man vorbereitet worden. Das erste was war, dass die dritte Klasse vom Ortsteil weg war, weil man herunter im Hauptort die Kinder gebraucht hat, um eigenständig weiter zu führen, dass kein Abteilungsunterricht entstanden ist“* (Bgm 22, 2/25-28).

b) Materieller und immaterieller Austausch zwischen Ortsteil und Gemeinde

Zunächst soll auf die „*Nachnutzung des Schulgebäudes*“ eingegangen werden. Die Gemeinde ist an sich juristisch der Eigentümer des Schulgebäudes und könnte daher theoretisch mit dem Gebäude machen, was sie wollte. Praktisch erfolgt die Nachnutzung des Schulgebäudes allerdings immer in Absprache mit der Bevölkerung vor Ort.

In den meisten Fällen wird nach der Schließung das Schulgebäude für Aktivitäten der örtlichen Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Sehr oft findet man hier eine Kombination, in der das Gebäude sowohl als Wohnraum sowie für örtliche Vereine verwendet wird. Die Nutzung für Wohneinheiten bietet die Möglichkeit, dass auch wieder Leute zuziehen können und durch die Nutzung für die örtlichen Vereine bleibt die Schule als Treffpunkt erhalten. Folgende Vereine wurden genannt: Dorfjugend, Seniorenkränzchen, Kirchencafe, Turngruppen, örtliche Vereine wie Fußballvereine, Fischereiclub, Schuhplattler, Chor, Ortsbäuerinnen und natürlich auch die Feuerwehr. Einen sehr interessanten Fall hatten wir in Kärnten, wo das Schulgebäude verkauft worden und damit auch der örtliche Sportplatz verloren gegangen ist und wo dann die Gemeinde wieder einen Grund angekauft hat, um diesen Verlust auszugleichen. Hier berichtet der Bürgermeister: *„Und es gibt halt eine Fläche, die ist relativ eben, halt für einen Bergraum, und diesen Grund haben wir jetzt angekauft. Dort wird es Planierarbeiten geben und nachdem ja früher der Sportplatz direkt bei der Schule war, wo halt die Kinder oben Fußball gespielt haben und so weiter, bieten wird jetzt einen neuen Platz an. Und dieser Platz ... sollte dann ein Mehrzweckplatz werden“* (Bgm 6, 12/20-27). Hier ist auch geplant, dass die Feuerwehr Bierzelte abhält und dass man im Winter Eisstockschießen kann. Man wird hier auch Stromkabel und Wasserleitungen verlegen, um die Anlage gut auszustatten.

Dann gab es auch die Situation, dass manche Schulgebäude in einen Kindergarten umgestaltet wurden, wo der Kindergarten dann entweder für die ganze Gemeinde oder für den Ortsteil zur Verfügung steht. Das haben wir v.a. dort gefunden, wo der Ortsteil über eine gewisse Machtposition verfügt, zum Beispiel, weil er in Relation zum Hauptort aufgrund der Einwohnerzahl eine bestimmte Größe aufweist; in zwei Fällen war auch eine starke räumliche Nähe zu einem größeren Ort der Nachbargemeinde gegeben, wo man auch kirchlich angebunden war. Dadurch hatte dieser Ort auch eine relativ eigenständige Identität. Ein Sonderfall betrifft das Burgenland, wo es zweisprachige Volksschulen gibt. Diese Schulen können gar nicht geschlossen werden, sondern nur stillgelegt, wenn keine Anmeldungen mehr der Eltern vorliegen. Da müssen auch alle Eltern einverstanden sein, wenn diese Schule nicht mehr genützt werden soll. Dies bedeutet dann, dass dieser Ortsteil über eine gewisse Verhandlungsposition verfügt, um für sich günstige Bedingungen auszuverhandeln, die den Verlust der Schule zumindest teilweise kompensieren können. In solchen Situationen haben wir interessanterweise auch einen immateriellen Austausch gefunden, auf den ich gleich noch zu sprechen komme.

In manchen Fällen wurde das Schulgebäude jedoch verkauft. Hier war auffällig, dass beim Verkauf in gewisser Weise im Vordergrund stand, dem Ortsteil wieder etwas zurückzugeben. Dies machte sich etwa darin bemerkbar, dass das Gebäude Personen aus dem Ort verkauft wurde, oder wenn das nicht möglich war, man nach einen Käufer gesucht hat, der in irgendeiner Weise den öffentlichen Charakter des Schulgebäudes erhalten konnte und ein bisschen Leben in das Dorf bringt, so wie die Schule Leben in das Dorf gebracht hat. Es gab Beispiele, dass das Schulgebäude entweder an eine Firma verkauft wurde, der Caritas oder einer Privatperson, die daraus ein Seminarhaus machen wollte.

Eine der interessantesten Beobachtungen war, dass es teilweise auch zum *„Austausch von Festen und Feierlichkeiten“* kam. Man hat nicht nur im Hauptort Feierlichkeiten abgehalten, sondern das auch in die Ortsteile hinausgetragen. Ein Zitat von einem Bürgermeister aus dem Burgenland veranschaulicht dies: *„Wir haben damals aber auch gesagt, es wird sich das Schulleben nicht nur hier im Hauptort abspielen, sondern die Kinder werden rausgehen und ihre Feste wie auch die Verbindung zur Bevölkerung, auch in den Ortsteilen wird das mitgetragen“* (Bgm 7, 7/19-22). Also man müsste sich das jetzt genauer anschauen, wie das dann tatsächlich vollzogen ist, aber zumindest gab es die Absicht, dass es hier zu einen gewissen Wechsel kommt, was das Abhalten von diversen Veranstaltungen im Verlauf des Schuljahres anbelangt. Bei einem anderen Zitat

geht es um Altentage, die in der Gemeinde gefeiert werden, wo ältere Leute zum Essen eingeladen werden und wo man sich bei ihnen bedankt für die Arbeit, die sie geleistet haben: *„Jetzt haben wir eine Aufteilung, in den Ortsteil 1 geht die erste Klasse, in den Ortsteil 2 die zweite Klasse, in den Hauptort die dritte Klasse, dass überall wieder Kinder da sind“* (Bgm 30, 5/4-12). Früher war es eben so, dass solange die Schule noch im Ortsteil war, die Schüler die Bevölkerung im Ortsteil besucht haben, oder es wurde die Bevölkerung eingeladen. Jetzt teil man das einfach klassenweise auf, dass die Kinder in die diversen Ortsteile gehen.

Unter immateriellen Austausch wurde auch die *„Übernahme von Lehrpersonal aus der Kleinschule in die Schule im Hauptort“* subsumiert. Wir haben gesehen, dass bei manchen Schließungen das Mitgehen des Lehrpersonals von der Kleinschule in die Schule im Hauptort ein wichtiges Argument ist, um die Eltern dazu zu bewegen, der Schließung zuzustimmen, wenn auch oft schwerem Herzen, wie dieser Bürgermeister erzählt: *„Und Glück war eher das, dass die Pensionierung unserer Lehrkräfte (Schule im Hauptort, Anm. S.K.). Weil sonst hätte es wieder geheißen, ja, jetzt haben wir so gute Lehrer im Ortsteil, die zwei, so gut zusammengespielt und. ... Die sind mit die Kinder in den Hauptort gezogen und die Geschichte ist gelaufen“* (Bgm. 4, 7/8-14). Ein weiteres Zitat zeigt, dass es auch direkte Absprachen mit den Eltern gegeben hat, dass die Lehrerin aus der Kleinschule im Hauptort Direktorin wird. In diesem Fall konnte sie nicht gleich mit den Kindern mitgehen. Erst ein Jahr danach hat sich die Möglichkeit geboten, dass sie dort die Direktorposition übernimmt: *„Wir haben mit der Name eben die neue Direktorin wieder bekommen. ... Damit haben die (BewohnerInnen Ortsteil, Anm. S.K.) gesehen, wir haben auch für sie was gemacht, dass wir die Direktorin da hergebracht haben. Die war sehr angesehen gewesen, im Ortsteil“* (Bgm. 14, 4/27-31). Es war ein Teil des Versprechens, dass die Lehrerin Direktorin im Hauptort wird.

Ein letzter Aspekt der sich aus den Gesprächen mit den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen ergab in Bezug auf materiellen und immateriellen Austausch ist, dass durch die Schließung der Kleinschule im Ortsteil die *„Integration der gesamten Gemeinde“* gefördert wird, weil es eben einen stärkeren Kontakt und Austausch gibt. Damit gibt es auch einen positiven Effekt, der mit einer Schulschließung einhergehen kann. Ein Bürgermeister verweist als konkretes Beispiel auf die Geburtstage, wo man sich nun gegenseitig einlädt. Er erzählt hier: *„Sind viele Sachen, wo wir erst später draufgekommen sind. Weil jetzt ist es auf einmal so, jetzt haben die Zwerge zwischen sechs und zehn Jahren, haben ja einmal Geburtstag. Und wenn die Kinder im Ortsteil gehen, ja da wird ja nie ein Bub aus dem Hauptort eingeladen. Jetzt gehen die ja alle miteinander. Jetzt hat der seinen Freundeskreis, hat der Geburtstag ... Ja aber, jetzt auf einmal von den Müttern aus dem Hauptort, meistens 99 Prozent, fahren jetzt hinauf nach Ortsteil. Müssen sie auch, müssen ja den Zwerg da hinbringen. Umgekehrt genauso. Das hat es früher ja nicht gegeben“* (Bgm 2, 6/1-11). Ein anderer Bürgermeister beschreibt diese Situation mehr allgemein, indem er eben sagt: *„Es wird einfach mehr ausgetauscht. Die Leute müssen oder tauschen sich bewusster aus und ich glaube für die Zukunft ist da einfach ein positiver Effekt, gel. Es gibt jetzt auch nicht mehr diese Berührungsängste, die was es früher gegeben hat“* (Bgm 13, 6/22-24). Das wirkt sich dann auch so aus, dass z.B. die Kinder aus dem Ortsteil in Vereine integriert werden, die im Hauptort sind.

c) *Verpflichtungscharakter des Austausches*

Es wurde bereits deutlich, dass besonders bei der Nachnutzung des Schulgebäudes dieser Verpflichtungscharakter des Austausches vorhanden ist. Wir haben auch gesehen, dass Ortsteile, die aus welchen Gründen auch immer (z. B. durch EinwohnerInnenzahl, starke eigene Tradition durch kirchliche Anbindung in einer anderen Gemeinde, Rechtsansprüche in Bezug auf Unterrichtsform) eine gewisse Machtposition haben, immaterielle Austauschformen durchsetzen oder ausverhandeln können.

III. **Abschließende Bemerkungen**

Das Konzept des „Systems totaler Leistungen“ ist gut geeignet, die Dynamiken des Prozesses der Kleinschulschließung, sowie die Folgen für das weitere Zusammenleben in der Gemeinde zu erfassen. Besonders ansprechend ist hier auch, dass dieses Konzept das Verständnis beinhaltet, dass es zwischen den kollektiven Akteuren Spannungen und Rivalitäten gibt. Das ist ein ganz zentrales Moment, ein inhärenter Bestandteil, wenn man diesen Prozess verstehen will. Es wäre aber auch möglich, die Handlungen und Strategien jener Gemeinden zu analysieren, in denen die letzte Schule geschlossen wurde. Es hat sich gezeigt, dass in diesem Fall manche Gemeinden bewusst den Kontakt mit anderen Gemeinden gesucht haben, um eine gute Lösung für ihre Schüler zu finden. Gleichfalls ist es jedoch auch zu bewussten Abgrenzungen gekommen. Diese Situation könnte mit dem Konzept des *Systems totaler Leistungen* auch sehr gut beschrieben werden. Weiters ließe sich der Ansatz auch gut auf andere Situationen übertragen, zum Beispiel, wenn man die Beziehungen zwischen den Gemeinden oder Regionen untersuchen möchte. Aus theoretischer Sicht interessant wäre, wenn man dieses Konzept des „Systems totaler Leistungen“ mit anderen gegenwärtigen Austauschtheorien in Verbindung bringen sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeiten würde. Das wäre ein Vorhaben für die Zukunft.

Diskussion

Rosenwirth: Der Aspekt des Transports der Schüler und Schülerinnen ist im Referat überhaupt nicht vorgekommen. Gibt es Fahrgemeinschaften oder einen von der Gemeinde organisierten Transport in den Ortsteil? Denn die Wege sind v.a. in den ländlichen Regionen weiter und die Kinder sind nicht mehr so gewohnt wie in früheren Zeiten den Schulweg zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu beschreiten. Wie haben Sie diesen Aspekt beleuchtet?

Kroismayr: Es stimmt, der Aspekt des Transports wurde hier gar nicht aufgegriffen.

Häfele: Außer bei den Müttern, die ihre Kinder in den anderen Ortsteil zu den Kinderfesten bringen.

Kroismayr: Das stimmt, aber der Schultransport ist ein ganz wichtiges Moment im Rahmen der Kleinschulschließung, wenn es darum geht, wie man diesen organisiert. Es gibt dann Diskussionen darüber, wann der Schulbus kommt, welche Kinder zuerst geholt werden, wie die Route genau verläuft. Ich meine, es war nie ein Problem, dass die Gemeinde hier einen Transport zur Verfügung stellt. Die Finanzierung ist ja, glaube ich, auch teilweise aus Bundesmitteln gedeckt. Es gibt dabei ganz absurde Regelungen, wie dass mindestens drei Kinder im Bus sein müssen. Wenn diese drei Kinder dann nicht mehr vorhanden sind, dann müssten sie zu Fuß gehen. Diese Kosten übernimmt dann die Gemeinde, weil das kann man dann den Eltern bzw. den Kindern nicht zumuten. Aber der Transport ist ein wichtiges Verhandlungsmoment bei diesem Kleinschulschließungsprozess. Da stellt sich dann auch immer wieder die Frage der Finanzen. Teilweise ist das eben schon gedeckt, aber es gibt auch Gemeinden, v.a. in Tirol haben wir das angetroffen, wo die Gemeinden einen Bus kaufen müssen, weil es kein örtliches Taxiunternehmen gibt. Das ist dann wirklich eine enorme finanzielle Mehrbelastung für diese Gemeinden. Durch die Schulschließungen haben diese quasi dann einen finanziellen Nachteil zu tragen durch diese Transportfrage.

Häfele: Sind Ihnen in diesen Gemeinden Fälle aufgefallen, wo Eltern ihre Kinder von der Schule genommen haben und dies dann dazu geführt hat, dass Schulen geschlossen worden sind, d.h. wo nicht die Gemeinde die treibende Kraft war, sondern die Zahl der Schüler und Schülerinnen, aber durch eine gezielte Intervention der Eltern?

Kroismayr: Das hätte ich versucht anzudeuten, dass eben Eltern nicht immer mit der Kleinschule glücklich sind und daher die Kinder woanders anmelden. Ein Bürgermeister hat auch erzählt, dass obwohl Eltern die Schule um die Ecke gehabt hätten, sie die Kinder in einer anderen Schule angemeldet haben. Da liegt es teilweise am Bürgermeister selbst, ob er diesen Umschulungsanträgen zustimmt. Wir

hatten auch einen Fall, wo das nicht goutiert worden ist. Aber das hängt dann eben vom Bürgermeister ab. Da wird auch ein Schwachpunkt dieser Studie sichtbar, weil wir nur die Sicht der Bürgermeister erhoben haben. Es wäre ein nächster Schritt, das breiter anzulegen in Form einer Ethnografie und mit den Eltern, mit den Lehrern, mit der Bevölkerung insgesamt zu sprechen.

Wilhelm: Ich habe vor drei Jahren einen ganz ähnlichen Aufsatz über Japan geschrieben. Da hatte ich den Fall, der auf den Transport zurückgeht, wo in Forstdörfern in den Bergen die Schulen geschlossen wurden und die Gemeindebewohner gemeinsam ein Internat errichtet haben, das dann von den Eltern bezahlt wurde. Wie stehen solche Schließungen im Kontext zu größeren, z.B. agrarpolitischen Veränderungen? In Japan kam es zu Schließungen von Reisfeldern, was dazu führte, dass das Community Leben sehr verarmte. Es fehlte dann auch die tägliche Kommunikation. Es ging dann einher mit dem Wegfall größerer Netzwerke. Haben Sie vor, solche Aspekte in Ihre Analyse hineinzubringen?

Kroismayr: Nein, weil das wäre ein neuer Aspekt. Was wir feststellen konnten ist, dass es eine politische Entscheidung ist, ob eine Kleinschule erhalten bleibt oder nicht. In Tirol gibt es z.B. ein klares Bekenntnis zu Kleinschulen. Hier ist es möglich eine Schule mit drei Schülern offen zu halten. Das wird auch so praktiziert. Erst wenn nur noch zwei Schüler vorhanden sind, wird dann wirklich geschlossen. Es ist also eine politische Entscheidung, ob Schulen geschlossen werden, d.h. ob es diese Infrastruktur am Land geben soll oder nicht. Es ist auch interessant, dass zwar in den 2000er Jahren, bis etwa 2010, die Schülerzahlen tatsächlich rückläufig waren – das müsste man sich regional noch genauer anschauen – aber danach haben sich die Schülerzahlen stabilisiert bzw. sind teilweise wieder leicht gestiegen. Genau in dieser Phase haben wir aber die meisten Schließungen. Wie das mit den ländlichen Entwicklungen vor Ort in Verbindung steht, dazu habe ich jetzt keine Ideen, wie ich das einordnen könnte und in welchen Situationen das zum Tragen käme.

Putzing: Gelingt denn die Nachnutzung wirklich immer? Ich kann mir vorstellen, das ist ja ein hehres Ziel, das die Gemeinden haben, das Problem haben wir ja auch in Deutschland, dass das einfach ein schwieriger Prozess ist. Wir wissen das aus vielen Regionen in Deutschland, dass das nicht gelingt. Wenn eine Schule geschlossen und vielleicht auch keine sinnvolle Nachnutzung gefunden wird, haben Sie da auch bestimmte Effekte eruieren können? Hat das Auswirkungen auf den Hauptort, weil die Bewohner vielleicht dort näher am Schulstandort sind bzw. löst das so eine Art Kettenreaktion aus bzw. ist das ein Bestandteil einer Kettenreaktion? Wenn der Ortsteil bestimmte Dinge nicht mehr leistet, wenn bestimmte Dienstleistungen wegfallen, wenn der öffentliche Nahverkehr nicht mehr funktioniert, kommt es dann zu einer Ausdünnung von Leistung für die Bevölkerung?

Kroismayr: Die Frage, ob die Nachnutzung wirklich immer gelingt, kann ich nicht beantworten, weil ich einfach diese Information nicht habe. Wir hatten nur die Auskunft des Bürgermeisters. Die Frage ist, ob dann tatsächlich so ein aktives Vereinsleben da stattfindet, wie man am Anfang gedacht hat, oder ob man sich nicht nach einiger Zeit doch entschließt, das Gebäude zu verkaufen, weil es eigentlich nicht wirklich genutzt wird. Das kann es geben, aber das kann ich jetzt nicht seriös beantworten. Die Situation ist doch ein bisschen anders als in Deutschland, weil das Land trotz allem mit Infrastruktur noch relativ gut versorgt ist. Wir haben uns ja die Gemeinden angeschaut, wo die letzte Schule geschlossen wurde. Die Frage, ob das gewisse Effekte auf die Bevölkerungsentwicklung und auf die wirtschaftliche Entwicklung hat, lässt sich nicht einfach beantworten. Da gibt es unterschiedliche Szenarien. Die generelle Aussage, dass wenn die Schule weg ist, dann die Abwanderung von Eltern forciert wird, stimmt so nicht. Ganz im Gegenteil sogar, wir hatten einen Fall, wo Eltern zugezogen sind, obwohl die Schule eigentlich zehn Kilometer entfernt war. Ich glaube nicht, dass man das so allgemein beantworten kann. Ich glaube, dass die Ergebnisse, die in quantitativer Hinsicht dazu vorliegen, das auch nicht zeigen, dass da Abwanderungsprozesse initiiert werden.

Holthus: Ich habe eine Frage zu Ihren kollektiven Akteuren. Sie sagten, dass Sie neben den Bürgermeistern auch noch andere Personengruppen befragen möchten. Auf die Kinder haben Sie dabei

vergessen. Das sind ja die, die es im Prinzip betrifft. Weitere Studien mit qualitativen Forschungsansätzen wären hier sehr wichtig. Das andere sind natürlich Fragen von Identität. Wir waren im September auf einem Forschungsaufenthalt in Japan. Da war auch gerade eine Schule geschlossen worden. Da gab es die Befürchtung des Verlusts an Identität. Die Kinderstimmen fehlen dann, weil die Kinder spielen draußen nach dem Schulschluss. Es ist dann sehr einsam. Es ist eine Identitätsfrage, ob die Schüler noch da sind oder nicht mehr da sind.

Kroismayr: Ich finde beide Aspekte, die Sie hier ansprechen, enorm wichtig und interessant. In unserer Studie wurde der Aspekt der Identität nur im Rahmen des Protests der Großeltern erfasst. Im Rahmen einer Ethnografie wäre dies sehr viel besser möglich, den Aspekt der Identität zu beleuchten. Quantitative Auswertungen über die Auswirkungen von Schulschließungen sind in der Regel nicht sehr aussagekräftig, während man mit einem qualitativen Zugang sehr viel besser Konsequenzen erfassen kann.

Dumreicher: Ich habe drei Jahre lang in China in ländlichen Gebieten geforscht und arbeite nun an einem Antrag für ein Forschungsprojekt über Stadt. In China ist die Urbanisierung ein Riesenthema. Da gibt es ein Regierungsprogramm, dass sie die ländliche Bevölkerung reduzieren wollen, weil die landwirtschaftlichen Flächen zu klein sind. Man möchte mehr Leute in die Stadt bringen. Da gibt es viele ähnliche Themen, obwohl das quantitativ völlig andere Zustände sind. Ich habe über China auch qualitativ ein gewisses Wissen und Verständnis. Wenn jetzt diese Menschen aus den dörflichen Umgebungen in die Stadt herüber gesiedelt werden, sind viele von den Themen, die Sie ansprechen, da auch aktuell, obwohl das völlig andere Zahlen, das geht in die Hunderttausende, die da eingegliedert werden sollen. Trotzdem würde mich interessieren, wenn Sie von diesen Austauschtheorien sprechen, was die Stadt da an Austauschmöglichkeiten anbieten könnte. Es gibt da nämlich keinen Austausch von Menschen, die da neu hin gesiedelt sind und denen, die da wohnen. Das ist auf einer ganz anderen Ebene, aber das Problem der Identität, ob das nun ein Dorf oder eine Stadt oder sonst etwas ist, bleibt.

Kroismayr: Darf ich mir diese Frage einfach als Anregung mitnehmen? Es ist das erste Mal, dass ich diesen Zugang mit den Austauschtheorien vorstelle. Ich bin mir selber noch nicht sicher, weil es etwas unorthodox ist, sozusagen ein Konzept, das anhand archaischer Gesellschaften entwickelt worden ist, auf Kleinschulschließungen umzulegen. Das ist ein erster Versuch, der gedanklich noch viel besser durchdrungen werden muss.

Jasper: Sie haben die Bürgermeister gehört. Haben die Bürgermeister sich nicht doch geäußert in Hinblick auf die Handlungs- und Austauschmöglichkeiten zwischen Hauptort und Ortsteil? Aber ist innerhalb der Ortsteile nicht auch die Schule eine Plattform für Austausch? Gibt es Befürchtungen seitens der Bürgermeister, dass der Austausch innerhalb der Ortsteile vielleicht auch abnimmt?

Kroismayr: Das war v.a. ein Argument des Ortsteils selbst, dass wenn die Schule wegfällt, da ein Kommunikationstreffpunkt oder eine Austauschmöglichkeit wegfallen, d.h. dass Feste, die mit der Schule verbunden sind, dass die nicht mehr gefeiert werden. Hier hat man einfach schon versucht dagegen zu steuern und auch Versprechungen zu machen, dass das bis zu einem gewissen Teil trotzdem erhalten bleibt. Die Bürgermeister selbst haben diese Angst weniger artikuliert. Das war vielmehr diese Angst des Ortsteils, dass damit eben ein Kommunikationszentrum verloren geht. Da ist man dann halt in Diskussion getreten, um das soweit wie möglich abzufedern.

Rainer: Was sind die Gründe für die Schließung der Kleinschulen?

Kroismayr: Es gibt verschiedene Gründe, warum die Schulen geschlossen werden. Wenn die Schließung von der Gemeinde ausgeht, ist es sehr oft so, dass die Schule im Hauptort generalsaniert wird und dass eigentlich dann die Schließung der umliegenden Kleinschulen in den Ortteilen bedeutet, weil man sehr viel Geld investiert hat, um da eine gute, moderne Schule zu haben. Die Kleinschulen werden auch geschlossen, wenn die Schule im Hauptort dreiklassig zu werden droht. Das ist auch ein Szenario. Dann

weil die Eltern letztendlich selber dafür sind, weil sie nicht wollen, dass zwanzig Schüler und Schülerinnen gemeinsam gleichzeitig in allen vier Klassen unterrichtet werden. Dann gibt es natürlich auch ganz simple Situationen, wo das Bundesland sagt, dass jetzt die Schülerzahl einfach zu gering ist, z. B. wenn die Zahl unter Zehn fällt. Teilweise gibt es hier auch gesetzliche Grenzwerte, bei deren Unterschreiten die Schule geschlossen wird.

Rainer: Sie haben gesagt, dass seit dem Jahr 2000 über 230 Kleinschulen geschlossen wurden. Korreliert das auch mit der demografischen Entwicklung davor oder währenddessen?

Kroismayr: Bei der demografischen Entwicklung vor 2000 war es so, dass v.a. im Burgenland, in der Steiermark und in Kärnten die Schülerzahlen zurückgegangen sind. Im Burgenland hat man schon insofern darauf reagiert, indem man eine Mindestschüleranzahl von zehn Schüler und Schülerinnen gesetzlich verankert hat. In der Steiermark hatte man in den letzten Jahren Kleinschulen geschlossen, die unter zwanzig Schüler und Schülerinnen gehabt haben, wobei zu diesem Zeitpunkt der Schülerrückgang sich schon wieder stabilisiert hat. In Kärnten hat man Expositur-Klassen eingeführt, wo die Schule als Klasse weiterbestanden hat und die administrativen Aufgaben von jener Schule übernommen wurden, an die die Schule angebunden war. Das heißt im Wesentlichen, dass es in diesen Schulen keine Schulleitung gab, wie das oft bei einklassigen Volksschulen der Fall ist, wo Lehrer und Schulleiter eine Personalunion bilden. Man hat also verschiedene Wege gefunden, um den Schülerrückgang zu kompensieren.



Der zweite Vortrag von *Eva Häfele*, Worknet Vorarlberg, stand unter dem Titel „*Europäisch, jung, mobil – Neue Zuwanderung nach Vorarlberg 2008-2014*“. Häfele studierte Sinologie und Japanologie an der Universität Wien und arbeitet seit rund 15 Jahren als freischaffende Sozialwissenschaftlerin in Vorarlberg. In ihren Forschungsprojekten beschäftigt sie sich mit Fragen der Migration und Integration, mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes, Bildungsfragen und der Situation von Frauen in Vorarlberg.

Seit dem Abschluss der Studie im November 2015 hat sich die Geschichte der Zuwanderung nach Österreich massiv durch die Fluchtwanderung geändert. Dieser Aspekt wurde deshalb im Referat auch noch dazu genommen, um im historischen Kontext Wanderungsbewegungen besser verorten zu können. Es wird ein Zeitraum von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart betrachtet. Nachdem ich nun an einem neuen Projekt zur Fluchtmigration arbeite, v.a. wie wir minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge qualifizieren und langfristige in den Arbeitsmarkt integrieren können, spielt das in diesem heutigen Vortrag auch noch eine kleine Rolle. Die Studie ist bereits veröffentlicht und sehr umfangreich, weil neben der aktuellen Zuwanderungsentwicklung seit 2008 auch das Thema Migrationspolitik in Österreich und wie sich diese Migrations- und Integrationspolitik auch auf die Zuwanderung ausgewirkt hat, z.B. Stichwort Heiratsmigration, enthalten ist. Letztere Themen werden im heutigen Vortrag nicht erwähnt, da sie in vielen anderen Studien auch zu finden sind. Für die Kontextualisierung der vorliegenden Untersuchung war das aber wichtig.

I. Methodik der Studie

In der Studie ist eine quantitative und eine qualitative Dimension enthalten. Die Bevölkerungsentwicklungen für den Zeitraum 2008 – 2014 wurden genau analysiert, daneben aber auch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Begleitend wurden zahlreiche Interviews mit Personen in Institutionen und Einrichtungen geführt, um zu sehen, wie sich diese neue Zuwanderung auf die Arbeit im Regelsystem auswirkt. Wir sprechen dabei z.B. von Bürgerservices und Unterstützungsstrukturen für junge Familien. Weiters wurden mit Unternehmen, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Ausland aktiv rekrutieren, Interviews geführt und last but not least mit den Zugewanderten selber. Da standen uns zwei Quellen zur Verfügung. Die Studie wurde von der Arbeiterkammer Vorarlberg

mitfinanziert. Die Arbeiterkammer Vorarlberg bietet über ihr BFI Berufsförderungsinstitut (BFI) Deutschkurse an. Über einen Zeitraum von einem Jahr wurden alle Deutschkurs-TeilnehmerInnen mit Unterstützung der TrainerInnen befragt. Mit den Trainern gemeinsam wurde ein Fragebogen in einem sehr einfachen Deutsch entwickelt. Die Beantwortung des Fragebogens konnte in den Unterrichtsablauf eingebaut werden. Das war sehr spannend, weil wir auch Personen erreichen konnten, die nicht unbedingt in die Zielgruppe der Studie gefallen sind. Insgesamt wurde das Bild der Zuwanderung nach Vorarlberg dadurch vollständiger. Ein weiterer Zugang war, dass wir mit nach Vorarlberg Zugewanderten Interviews geführt haben, mit Familien, Einzelpersonen und Paaren, weil sich in diesen Gruppen ganz unterschiedliche Herausforderungen zeigen. Die Interviews wurden auch von Unternehmen unterstützt. Da waren große Unternehmen dabei wie die Firma *ALPLA*, der größte Arbeitgeber in Vorarlberg, die Firma *Zumtobel*, oder die Firma *Doppelmayr*. Sie leiteten über die Personalabteilung einen On-Line Fragebogen an ihre Mitarbeiter weiter, der dann von diesen persönlich ausgefüllt werden konnte. Damit konnte ein sehr breites, sehr differenziertes, auch qualitatives Datenmaterial gewonnen werden.

Aufbau des Vortrages

Der Schwerpunkt des Vortrags ist die *Arbeitsmigration*, aber die *Fluchtmigration* wurde nicht aus dem Auge gelassen. Ganz zentral ist auch die *EU-Binnenmigration* seit dem EU-Beitritt Österreichs 1995. Die Frage ist, wie sich die Zuwanderungsgruppen verändert haben. Es hat neue Migrationsmuster, aber auch neue Rahmenbedingungen gegeben, die teilweise wirtschaftlicher Natur waren, die aber auch mit soziodemografischen Entwicklungen in den Beitrittsländern zu tun hatten. Dann wurden Daten zur aktuellen Fluchtsituation analysiert, um dieses Bild zu vervollständigen. Im nächsten Abschnitt geht es um *Zugewanderte auf dem Arbeitsmarkt* und abschließend die *neue Zuwanderung* aus der Sicht von ExpertInnen, Unternehmen und Zugewanderten sowie die *Gestaltungsdimensionen*, die sich aus diesen Sichtweisen ergeben haben. Die Studie kann über die Website der Arbeiterkammer Vorarlberg heruntergeladen werden:

https://vbg.arbeiterkammer.at/service/zeitschriftenundstudien/Studien/Neue_Zuwanderung.html

II. Wanderungsbewegungen als Konstante der Menschheitsgeschichte

Wir vergessen immer wieder, dass die Menschheit eigentlich eine wandernde Menschheit ist. Selbst wenn wir ganz zum Beginn der Menschheit zurückschauen und wenn wir sehen, wie da in Wanderungsströmen welche riesige Distanzen die Menschen dabei überwunden haben, dann vergessen wir oft in unserem eher kurzen Leben, dass vielleicht unsere Vorfahren und es stellt sich immer wieder heraus, dass es kaum Familien, kaum Personen gibt, die nicht in der zweiten, dritten oder auch früheren Generation Zugewanderte in der Familie haben. Das ist auch eine wichtige Botschaft auch in Hinblick auf die aktuelle Situation in Österreich. Wir müssen erkennen, dass wir nicht immer dagewesen sind, dass wir auch einmal gewandert sind. Der Demograf Ernst Ravenstein (vgl. Ravenstein, 1885 und 1889) beobachtete bereits im 19. Jahrhundert, dass es vier zentrale Indikatoren für die Migration aus wirtschaftlichen Gründen gibt.

- *Die Landbevölkerung wandert eher als die Stadtbevölkerung:* Diese Bewegung vom Land in die Städte ist eine seit langem bekannte Erscheinung.
- *Männer wandern weiter als Frauen:* Männer haben generell weitere Wanderwege und zeigen inzwischen auch Pendelmigrationen. Das ist ein Phänomen, welches immer stärker wird.
- *Migrantinnen und Migranten sind zuerst meistens Alleinstehende:* Sie brechen alleine auf und holen dann nach und nach ihre Familienangehörigen in das Land, in dem sie jetzt tätig sind. In dieser Struktur gibt es aber auch Fälle, dass Kinder wieder zurückwandern. In der

Gastarbeitergeneration war es z.B. sehr häufig der Fall, dass Kinder, die hergeholt wurden und ein, zwei Jahre zur Schule gegangen sind, dann wieder in das Heimatdorf zurückgingen und dort bei den Großeltern gelebt haben und anschließend wieder hergekommen sind. Wir kennen dieses Phänomen auch aus China mit den WandermigratInnen. Da gab es oft innerhalb der Familie unterschiedliche Pendelmigrationen, v.a. der Kinder aber auch der Enkelkinder.

- *Wanderungen erfolgen häufiger über kürzere Distanzen, längere Wanderungen geschehen in Etappen:* Auch dieses Phänomen beobachten wir wieder heute gerade in der EU-Binnenmigration innerhalb der 28 EU-Mitgliedsstaaten. Es gibt natürlich auch in Österreich eine Binnenmigration.

III. Wanderungsbewegungen seit den 1880er Jahren

Folgende Aussagen beziehen sich hauptsächlich auf Vorarlberg.

Die erste große Wanderungsbewegung seit den 1880er Jahren erfolgte durch *italienisch sprechende Tirolerinnen und Tiroler* aus dem *Trentino*. Diese waren damals noch Teil der k. und k. Monarchie und sind im Zeitraum von 1870 bis 1914, d.h. bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs nach Vorarlberg eingewandert. Sie arbeiteten in der Textilindustrie, die damals gerade ihren ersten Aufschwung erlebte und im Baugewerbe. Sie kamen v.a. bei den großen Verkehrsbauten, wie der Arlbergbahn und der Flexenpasstraße und anderen großen Infrastrukturbauten zum Einsatz. 1910 lebten 5.857 Trentiner und Trentinerinnen in Vorarlberg. Das war immerhin 10-15% der erwerbstätigen Bevölkerung. Es gab riesige Siedlungen, z.B. in Bludenz nahe der Arlbergbahn, in denen hauptsächlich Trentiner und Trentinerinnen gelebt haben. Ein interessantes Phänomen war, das sich dann auch in der Gastarbeitergeneration der 1960er Jahre wiederholt hat, dass Agenten Männer und Frauen in ihren Heimatländern gezielt für bestimmte Gewerbe aktiv angeworben und ihnen dabei das Blaue vom Himmel versprochen haben.

Parallel dazu gab es *deutschsprachige Zugewanderte aus den Kronländern* der (ehemaligen) Habsburger Monarchie in den beiden Jahrzehnten vor und nach der Jahrhundertwende von 1900. Das war eine andere Zuwanderung, weil da kamen in erster Linie Handwerker, Beamte, Post- und Bahnbedienstete. Man sich vorstellen, dass ein Beamter aus Vorarlberg ins Trentino oder ins Veneto ging, um dort als Post- oder Bahnbeamter zu arbeiten. Genauso kamen Beamte aus der ganzen Monarchie in diese einzelnen Kronländer. Es gab damals schon innerhalb der Habsburger Monarchie sehr hohe Wanderungsbewegungen in diesem Fall von qualifizierten Personen, die als Beamte in unterschiedlichen Institutionen tätig waren. Nach dem Ersten Weltkrieg kamen dann aus den ehemaligen Kronländern Bauarbeiter für die Kraftwerksprojekte. Die Kraftwerksprojekte ziehen sich als riesige Infrastrukturprojekte auch weiter bis nach dem Zweiten Weltkrieg.

Südtiroler und Südtirolerinnen kamen nach dem *Hitler-Mussolini-Abkommen 1939* nicht nur nach Vorarlberg. Sie mussten sich entweder als Deutschsprachige für Italien entscheiden, oder ins Deutsche Reich auszuwandern. Nach Vorarlberg durften dabei aber keine Bauern kommen, weil die Bauern wurden als unmittelbare Konkurrenz der in Vorarlberg bereits ansässigen einheimischen Bauern gesehen. Da war kein Bedarf gegeben. Einen hohen Bedarf gab es jedoch in der damals stark wachsenden Textilindustrie. Es haben sich in diesen Jahren fast 11.000 Personen aus Südtirol, das sind doch relativ viele im Vergleich mit der heutigen Flüchtlingsbewegung, innerhalb weniger Jahre in Bregenz, Dornbirn, Bludenz, aber auch in mittelgroßen Orten wie Hard und Hohenems angesiedelt. Als steinernes Monument dieser Wanderungsbewegung sind bis heute die sgn. *Südtirolersiedlungen* geblieben. Diese Südtirolersiedlungen werden von den Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern auch heute noch so bezeichnet. Innerhalb kürzester Zeit, d.h. innerhalb von nur zwei Jahren, wurden von einem eigens dafür gegründeten Bauträger, der *Vogewosi* Wohnungen für 11.000 Menschen geschaffen. Diese *Vogewosi* existiert noch immer und ist bis heute die größte gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft in Vorarlberg. Aber auch hier können wir erkennen, dass ganz gezielt eine bestimmte Gruppe von Menschen als Arbeiter und

Arbeiterinnen für die Industrie und für die Kraftwerksbauten angefordert wurde. Es war also in diesem Sinne keine ungesteuerte Migration.

Eine sehr dunkle Geschichte, die auch für Jahrzehnte im öffentlichen Diskurs nicht sichtbar war, sind die rund 10.000 *Fremd- und Zwangsarbeiter*, die während der nationalsozialistischen Herrschaft in Vorarlberg waren. Es waren besonders Polen, Franzosen, Jugoslawen und Ukrainerinnen. Auch sie wurden explizit bei den Kraftwerksbauten und der Errichtung von Hochgebirgsstauseen, wie der Silvretta-Staumauer, in der Textilindustrie, aber auch in der Landwirtschaft als Hilfskräfte eingesetzt. Was wir heute zum Teil mit Saisonarbeitskräften in der Landwirtschaft auch in Vorarlberg abdecken, waren damals die Fremd- und Zwangsarbeiter. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs sind diese 10.000 Menschen innerhalb weniger Wochen mit Unterstützung des Schweizer Konsuls repatriert worden. Teilweise kamen sie auch in die Schweiz und von dort wieder zurück in ihre Heimatländer. Gerade Personen, die in die ehemalige Sowjetunion zurückgekehrten, war oft ein sehr schreckliches Schicksal beschieden, weil viele von ihnen von einer nationalsozialistischen Zwangsarbeit unmittelbar in den Gulag transportiert wurden. Diese Geschichte wurde wirklich erst in den vergangenen zwanzig Jahren aufgearbeitet. Man wusste zwar davon wie über alles, aber es wurde nicht in die offizielle Geschichtsschreibung übernommen.

Vorarlberg hat nach dem Zweiten Weltkrieg rasch wirtschaftlich stark aufgeholt. Ab den 1950er Jahren wurden sgn. *InnerösterreicherInnen* aus der Steiermark, aus Kärnten und den anderen Bundesländern, aber v.a. auch aus (Ost-)Tirol nach Vorarlberg geholt. Diese waren im Baugewerbe, in der Textilindustrie und v.a. im Gastgewerbe tätig. Wenn man in dieser Zeit in ein Gasthaus ging, dann gab es dort sicher eine steirische, Kärntner oder Tiroler Kellnerin. Diese Männer und Frauen sind Großteils in Vorarlberg geblieben, sie haben geheiratet und sind nun komplett in das Vorarlberger Leben und in den Vorarlberger Arbeitsmarkt integriert. Die Kinder sprechen alle Dialekt. Sie fallen sozusagen nicht mehr auf. Es gab in dieser Gruppe kaum eine Rückwanderung.

Ab den 1960er Jahren folgte eine nächste große Wanderungswelle mit den „*GastarbeiterInnen*“ aus *Ex-Jugoslawien* und der *Türkei*, die ganz gezielt über Agenten für die Textil- und Bauindustrie sowie für andere Niedriglohnbereiche wie die Metallindustrie, Baugewerbe, Fremdenverkehr und das Gastgewerbe angeworben wurden. In Istanbul gab es eine eigene Außenstelle, um diese Menschen anzuwerben, die dann mit Bussen oder Zügen nach Vorarlberg gebracht wurden. Vor dieser Gastarbeiterwelle aus Ex-Jugoslawien und der Türkei gab es in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eine Anwerbung von Spaniern. Diese Spanier sind völlig verschwunden. Sie sind gekommen, kurz geblieben und wieder zurückgewandert. Es gibt leider überhaupt keine Forschungsarbeit zu dieser verloren gegangenen Arbeitsmigration aus Mitte der 1950er Jahre nach Vorarlberg. 1973 war der erste Höhepunkt dieser türkischen und jugoslawischen Arbeitskräfte mit 23.385 Personen bzw. 22% aller unselbständig Beschäftigten. Auf politischer Ebene herrschte der Konsens, dass diese Arbeitskräfte nur immer für das jeweilige Unternehmen, bei dem sie gearbeitet hatten, eine Arbeitsgenehmigung hatten. Wenn jetzt nun z.B. bei der Öl- und später Textilkrisis viele Arbeitskräfte freigesetzt wurden, dann gab es den „*Inländervorrang*“, d.h. als erstes waren diese zugewanderten Arbeitskräfte betroffen. Das hieß für sehr viele, dass sie dann wieder zurück in ihr Heimatland mussten, weil das Aufenthaltsrecht nur mit dem Arbeitsrecht im jeweiligen Unternehmen verbunden war. Wer sich da am meisten dagegen gewehrt hatte, dass diesen Arbeitskräften eine entsprechende Aufenthaltsgenehmigung erteilt wurde, waren die Gewerkschaften. Die Zugewanderten waren zwar Mitglieder in den Gewerkschaften, aber den Gewerkschaften waren die einheimischen Arbeitskräfte wichtiger. Wenn man ein böses Wort dafür verwenden möchte, dann könnte man sie als eine Art von „*Verschubmasse*“ bezeichnen. Gab es Bedarf, dann wurden sie geholt, sank der Bedarf, dann wurden sie wieder zurückgeschickt.

Die klassische Arbeitsmigration hat dann abgenommen und ab den 1990er Jahren ist die migrantische Bevölkerung in erster Linie durch die *Familienzusammenführung* gewachsen. Man hat im Heimatland geheiratet und die Frau, aber auch Kinder, die vielleicht bis dahin bereits geboren waren, nachgeholt. Es

gab keine klassische Arbeitsmigration mehr aus diesen Ländern, sondern verstärkt ein Wachstum der zugewanderten Bevölkerung durch Familienzusammenführung.

IV. Fluchtmigration Österreich - Vorarlberg

Um eine Relation von Zahlen einzuführen, sollte ganz kurz auf die Fluchtmigration nach Österreich eingegangen werden. Es geht darum zu zeigen, welche Größenordnungen Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg schon bewältigt hat.

Von 1945 bis 1961 kam es in Österreich zur Einbürgerung von rund 250.000 sgn. *Volksdeutschen*, die im oder nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben worden waren. Vorarlberg war davon aufgrund seiner Lage sehr weit im Westen wesentlich weniger betroffen. Von den sgn. *Sudetendeutschen* gibt es nur eine kleinere Gruppe, die sich in Lochau am Bodensee, in einem Seitental, dem Leiblachtal, niedergelassen haben. Die Siedlung heißt noch heute die *Sudentensiedlung*. Interessant ist, dass die Sudetendeutschen in Vorarlberg sich nicht den *Landsmannschaften* angeschlossen haben, die ja heute teilweise noch in ganz Österreich sehr aktiv sind, sondern sie haben eine eigene Gruppe in Vorarlberg gegründet.

Im Jahr 1956 sind 180.000 *Ungarinnen und Ungarn* nach Österreich geflüchteten, wovon rund 18.000 in Österreich geblieben sind. Nach Vorarlberg sind nur wenige gekommen und auch nur wenige geblieben.

1968 kamen 162.000 Menschen aus der *Tschechoslowakei*, wovon rund 12.000 um Asyl ansuchten. Auch hier ließen sich nur wenige in Vorarlberg nieder.

Aus *Kroatien* kamen in den Jahren 1991/92 rund 13.000 Menschen nach Österreich, sie kehrten im Frühjahr 1992 nach dem Bürgerkrieg und dem Zerfall Jugoslawiens in einzelne Staaten teilweise wieder in ihre Herkunftsgebiete zurück.

Von den rund 90.000 *Bosnierinnen und Bosniern* blieben nach 1995 hingegen knapp 60.000 in Österreich, denn es gab bereits eine Vorwanderung aus den 1960er Jahren. In der Migrationssoziologie zeigt sich, dass wenn es eine Vorwanderung gibt, die Wahrscheinlichkeit viel größer ist, dass mehr Menschen dann dieser Vorwanderung folgen. Zur Arbeitsmarktintegration der Bosnier und Bosnierinnen gibt es eine aktuelle Studie der Statistik Austria aus dem vergangenen Jahr (vgl. Statistik Austria, 2015). In der Auswertung der Daten des Mikrozensus wurde untersucht, wie sich zugewanderte Gruppen, v.a. FluchtmigrantInnen, am österreichischen Arbeitsmarkt integriert haben.

Eine weitere Fluchtwelle folgte ab 1994 mit dem Beginn der *Tschetschenien-Kriege* (1994-1996 erster Tschetschenienkrieg, zweiter Tschetschenienkrieg von 1999-2009). Derzeit leben rund 30.000 Tschetschenen in Österreich. Die Tschetschenen haben im Gegensatz dazu, zumindest was Vorarlberg anbelangt, eine wechselhafte und eher schlechte Arbeitsmarktintegration.

Seit 2014 und v.a. 2015 kommen vermehrt Menschen aus den Krisen- und Kriegsregionen Asiens und Afrikas nach Österreich und nach Vorarlberg. Vorarlberg nimmt von allen, die einen Asylantrag stellen, rund 4% auf. Das ist die Anteilsquote aliquot zur Bevölkerungszahl von knapp 380.000 Menschen.

Arbeitsmigration aus Drittstaaten

Arbeitsmigration aus Drittstaaten spielt inzwischen in der Privatwirtschaft eine relativ untergeordnete Rolle. Seit dem EU-Beitritt Österreichs sind die *Freizügigkeitsregeln der EU*, u.a. der „*Freier Personenverkehr*“ für Angehörige von Drittstaaten nicht gültig. Das betrifft auch die großen Zuwanderergruppen aus der Türkei und aus Ex-Jugoslawien mit Ausnahme Sloweniens. Für Kroatien gilt derzeit noch immer die siebenjährige Übergangsregelung.

Seit Juli 2011 gibt es die sgn. „*Rot-Weiß-Rot-Karte*“ (*RWR-Karte*), die die Regelung der Zuwanderung von Fach- und Schlüsselkräften zum Ziel hat, aber mit hohen Auflagen verbunden ist. Die Zahlen, die zu Beginn der Implementierung der RWR-Karte von der Politik ins Auge gefasst wurden, wurden nie

erreicht. Diese lagen immer weit darunter (vgl. Biffel & Bock-Schappelwein 2013). Noch weiter darunter liegen die Zahlen für die sgn. „EU-Karte Blau“, von der es derzeit in Österreich nur ca. 270 gibt.

Auch der Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen wird im Rahmen der sgn. *RRWR+ Karte* geregelt. Hier gibt es sehr viel größere Zahl, da praktisch alle Männer bzw. Frauen, je nachdem, wer zugezogen ist und die Kinder unter diese *RRWR+ Karte* fallen. Es gibt da in Österreich etwa 16.000 bis 17.000 im Vergleich zu den ca. 2.000, die die klassische *RWR Karte* haben.

V. EU-Binnenmigration

Die Grundlage für die EU-Binnenmigration sind seit dem Beitritt Österreichs gemeinsam mit Schweden und Finnland zur Europäischen Union seit 1995 die „*Vier Grundfreiheiten*“ des Binnenmarktes:

- freier Personenverkehr
- freier Warenverkehr
- freier Dienstleistungsverkehr
- freier Kapitalverkehr

Diese vier Grundfreiheiten gibt es nicht einzeln, sondern nur im Paket, d.h. Österreich ist, genauso wie Vorarlberg, für alle EU-Bürger was den Arbeitsmarkt angeht komplett offen. Es gibt natürlich gewisse Beschränkungen, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Wenn man z.B. keinen Arbeitsplatz findet, müsste man theoretisch nach drei Monaten wieder zurück ins Heimatland. Aber wer kann das schon bei *Schengen-Grenzen* überprüfen, da eigentlich keine Kontrollen mehr stattfinden?

Dadurch hat sich auch eine komplette Änderung der Migrationsmuster ergeben. In Vorarlberg sind inzwischen – und das schon seit längerem – ArbeitsmigrantInnen aus Deutschland die größte Gruppe. Die haben inzwischen auch die türkisch-stämmigen und jugoslawisch-stämmigen Gastarbeiter weit überholt. Aber es gibt ganz wenige Deutsche – und das gilt für alle EU-Bürger, die nach zehn Jahren die österreichische Staatsbürgerschaft beantragen, weil dies zumindest was den Arbeitsmarkt angeht keine Vorteile mehr bringt. Eine Ausnahme gibt es, nämlich, wenn man als Deutscher im Staatsdienst tätig werden möchte, dann braucht man in bestimmten Bereichen eine österreichische Staatsbürgerschaft.

In dieser Entwicklung seit 1995 hat sich dann ab 2008 wiederum ein massiver Wandel, der ganz Europa ergriffen hat in Hinblick auf die Migrationsbewegungen innerhalb der EU, d.h. der Binnenmigration, abgezeichnet. Der erste Auslöser war die Eurokrise, die Wirtschafts- und Finanzkrise.

Ein zweiter Auslöser für Veränderungen der Migrationsmuster nach Österreich war das Ende der Übergangsregelungen für ArbeitnehmerInnen der „neuen“ EU-Staaten, die 2004 und 2007 der Union beigetreten waren. Mit 1.5.2004 traten Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Polen, Ungarn, Malta und Zypern der EU bei, mit 1.1.2007 folgten Rumänien und Bulgarien. Österreich hat dabei das Maximum einer siebenjährigen Übergangsfrist für den freien Zugang von Menschen aus diesen Ländern auf den österreichischen Arbeitsmarkt ausgehandelt. D.h. sieben Jahre lang wurden diese EU-BürgerInnen wie Drittstaatsangehörige behandelt. Heute gilt dies nur noch für Kroatien, welches am 1.7.2013 der EU beigetreten ist. Sieben Jahre lang sind Kroaten und Kroatinnen als ArbeitnehmerInnen in Österreich anderen Regelungen unterworfen als EU-Bürger.

Das Ende der meisten *Übergangsregelungen* 2011 bzw. 2014 und die Wirtschaftskrise verliefen parallel. Durch diese beiden Entwicklungen haben sich auch die Migrationsmuster in Österreich verändert. Seit diesen Jahren kam es zu einem Anstieg der Zuwanderung aus Staaten wie Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Der Anstieg ist in Wien einfach auch durch die geografische Nähe zu diesen Ländern größer als in Vorarlberg. Das sind eher kleinräumige Wanderungsmuster, die sich durch dieses Auslaufen der *Übergangsregelungen* verändert haben. Das großräumige Migrationsmuster innerhalb der

EU war, dass es in den südeuropäischen Staaten Spanien und Italien, aber auch in Großbritannien, keine Übergangsregelungen für die Beitrittsländer gab. Menschen aus den osteuropäischen Beitrittsländern konnten daher sofort, d.h. bereits 2004 bzw. 2007, eine Arbeit aufnehmen. Als die Wirtschaftskrise ausbrach, haben viele ihre Arbeitsplätze verloren und sind, nachdem die Übergangsregelungen ausgelaufen sind, nach Österreich und Deutschland weitergewandert.

In den süd- und südosteuropäischen Staaten gibt es zudem eine hohe *Arbeitslosigkeit*, v.a. auch unter qualifizierten jungen Menschen. Man sollte die Zahlen aber mit einer gewissen Vorsicht betrachten, weil sie auch mit den unterschiedlichen Ausbildungssystemen zu tun haben. In Deutschland, der Schweiz und Österreich gibt es ein duales Ausbildungssystem, das sehr gut ausgebaut ist. Das duale Ausbildungssystem fängt viele Jugendliche auf, deswegen schauen inzwischen viele Länder nach Deutschland, der Schweiz und Österreich. In anderen Ländern studieren z.B. Menschen, die irgendeinmal einen handwerklichen Beruf ausüben, im tertiären Bereich. Diese Jugendliche haben eine universitäre Ausbildung, eine Fachhochschule oder ein College absolviert, bevor sie auf den Arbeitsmarkt kommen. Da der Arbeitsmarkt diese eigentlich noch unqualifizierten, weil nicht praktisch ausgebildeten Jugendlichen nicht auffangen kann, ist die Jugendarbeitslosigkeit entsprechend hoch. Es gibt sehr viele unterschiedliche Faktoren, die zu dieser hohen Jugendarbeitslosigkeit beigetragen haben.

Im Vorarlberger Kontext ist dieses neue Migrationsmuster am Beispiel der *Roma*, rumänischen Staatsbürgern, zu sehen. Diese kamen von Italien und Spanien, wo sehr viele von ihnen früher in Hilfsberufen gearbeitet haben, nach Österreich und Deutschland. Die Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise in den südlichen und südöstlichen Staaten hat sie gezwungen, weiterzuwandern. Fast alle dieser Menschen, die jetzt in Vorarlberg sind, Männer wie Frauen, sprechen entweder sehr gut Italienisch oder sehr gut Spanisch. D.h. alle sind mehrsprachig, meistens viersprachig und jetzt lernen sie noch Deutsch. In Vorarlberg gab es bis vor wenigen Jahren ein generelles Bettelverbot, das vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurde. Auf einmal war die Bevölkerung mit bettelnden Menschen konfrontiert. Ganz im Gegensatz zu Wien gab es in Vorarlberg nie Bettler in der Öffentlichkeit. Für die Menschen war das ein kultureller Schock, auf einmal arme Menschen zu sehen, die dazu noch EU-Bürger sind und ein Anrecht haben, im Land zu sein und hier auch zu arbeiten. Menschen, die man nicht einfach wieder abschieben kann.

Was unterscheidet nun diese EU-Binnenmigration?

Ganz zentral ist, dass es durch die *EU-Verträge* eine *Rechtssicherheit* gibt. Es ist nicht so wie bei früheren Arbeitsmigrationen, wo die Menschen wieder zurückgeschickt werden konnten. D.h. alle EU-BürgerInnen, die in einen anderen EU-Staat migrieren, genießen Rechtssicherheit. Die Zuwanderung wird dadurch zu einem individuell steuerbaren Prozess. Man konnte auch gerade bei den jungen Menschen zwischen 25 und 35 Jahren feststellen, dass die Aufnahme-Communities, also die Vorgewanderten aber auch die Mittelsleute, die Orientierung geben, Kontakte knüpfen und die Netzwerke bereitstellen, dadurch an Bedeutung verlieren. Die *Gruppenbeziehungen* werden heute vermehrt über soziale Medien (z.B. Facebook, WhatsApp), firmeninterne Gruppen und Interessengruppen hergestellt.

Ganz wesentlich ist auch, dass das *sprachliches Potenzial* der qualifizierten Zugewanderten höher ist. Gerade junge Menschen mit einem tertiären Abschluss haben durch die Bank ein *Erasmus-Jahr* hinter sich. Sie haben bereits im Ausland gelebt und sprechen gut Englisch, vielleicht nicht unbedingt gut Deutsch, aber sie haben Auslandserfahrung. Das verändert natürlich auch sofort den Zugang zum neuen Einwanderungsland. Die EU-ArbeitsmigrantInnen sind jung und haben dadurch auch *weniger Mobilitätshemmnisse*. Wir haben heute die Möglichkeit mit den Billigfluglinien kostengünstig in ganz Europa zu fliegen. Genau diese Möglichkeiten nutzen diese Menschen. In Vorarlberg gibt es viele, die aus Portugal (u.a. auch Madeira) oder Spanien zugewandert sind. Da kommt es oft vor, dass sie über ein Wochenende nach Hause fliegen, wenn sie einen günstigen Flug haben. Man kann sich gar nicht mehr

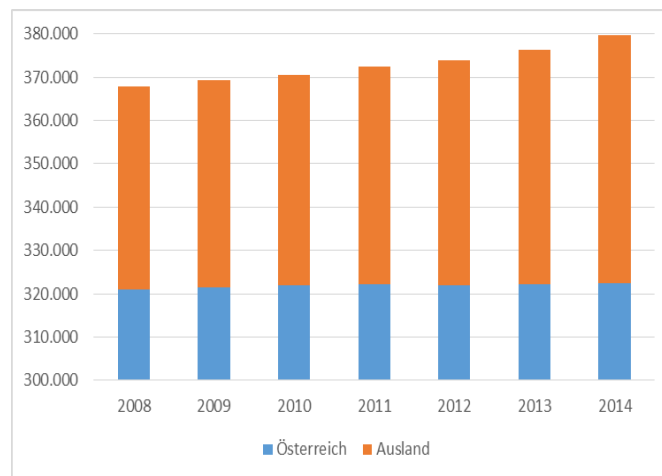
vorstellen, wie das vor 20 oder 30 Jahre war, als die Gastarbeiter mit den Bussen oder mit den Autos im Sommer für zwei oder drei Monate nach Hause gefahren sind.

Die *sozialen Medien* und das *Internet* schaffen neue Möglichkeiten der Bindung an das Herkunftsland und Informationen über das Zuwanderungsland. Man kann sich im Grunde über alles informieren, was in Österreich läuft, sofern man den sprachlichen Zugang hat. Dadurch fallen natürlich auch die *Migrationskosten* ganz bedeutend. Diese Kosten, die früher angefallen sind, sind heute massiv reduziert worden. Es gibt kostengünstige Transportmöglichkeiten, die neue Wanderungsformen schaffen. Das sind Faktoren und Indikatoren, die v.a. die EU-BinnenmigrantInnen betreffen. *Auslandserfahrungen* sind Teil einer Portfolio Migration und der Entwicklung von Portfolio Karrieren als neuer Typus der Migration von Höherqualifizierten mit internationaler Berufserfahrung als Teil des Humankapitals.

VI. Statistische Daten

Die folgende Grafik gibt einen Überblick über das Wachstum der Vorarlberger Bevölkerung. Dabei zeigt sich, dass das Bevölkerungswachstum innerhalb der letzten Jahre in erster Linie durch Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft bedingt ist.

Grafik 1: Vorarlberger Bevölkerung (mit Hauptwohnsitz) nach österreichischer und nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft 2008-2014 (Stichtag 31. Dezember)

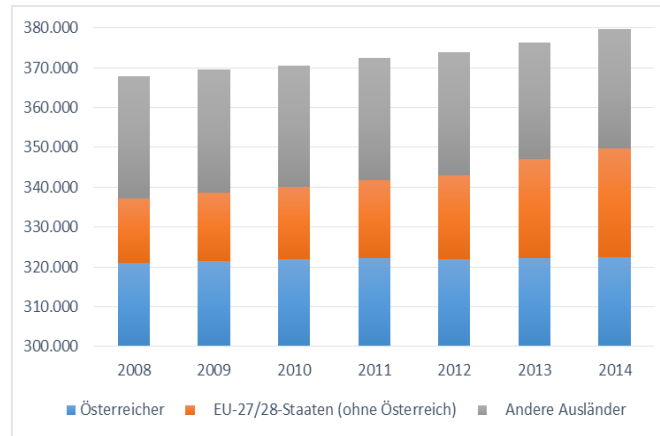


© Häfele 2016

Die Bevölkerung mit österreichischer Staatsbürgerschaft ist im Untersuchungszeitraum relativ gleichgeblieben. Die Bevölkerung mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft ist gewachsen.

Wenn wir das noch einmal nach Österreichern, 27 EU-Ländern sowie anderen Ausländern aufschlüsseln, dann zeigt sich ganz deutlich, dass der Bereich der EU-Staaten besonders stark gewachsen ist. Es sind also in erster Linie Personen mit EU-Staatsbürgerschaft, die in Vorarlberg zum Bevölkerungswachstum beitragen.

Grafik 2: Vorarlberger Bevölkerung (mit Hauptwohnsitz) nach österreichischer EU- und anderer ausländischer Staatsbürgerschaft 2008-2014 (Stichtag 31. Dezember)



© Häfele 2016

Folgende Zahlen über das Bevölkerungswachstum stammen vom Juni 2016. Der größte Anstieg zwischen 2008 und 2016 ist bei Personen aus Deutschland zu beobachten. Sehr stark gewachsen ist auch die Anzahl der Ungarn und Ungarinnen. Man sieht deutlich den Sprung mit dem Ende der Übergangsregelung von 2011 auf 2012. Bei Rumänien sieht man dies fast noch eindeutiger mit dem Auslaufen der Übergangsregelung 2014. Das sind absolut gesehen keine großen Zahlen, wenn man das auf die Gesamtbevölkerung oder auf die Zahl der Erwerbstätigen umlegt, aber man sieht ganz deutlich die Entwicklungen, die mit dem Auslaufen der Übergangsregelungen zusammenhängen. Die Ungarn sind inzwischen die größte Zuwanderungsgruppe, die ach wie vor jährliche Steigerungen verzeichnet.

Grafik 3: Wachstum der Bevölkerung ausgewählter EU-Staaten 2008-2016 (Landesstatistik Vorarlberg)

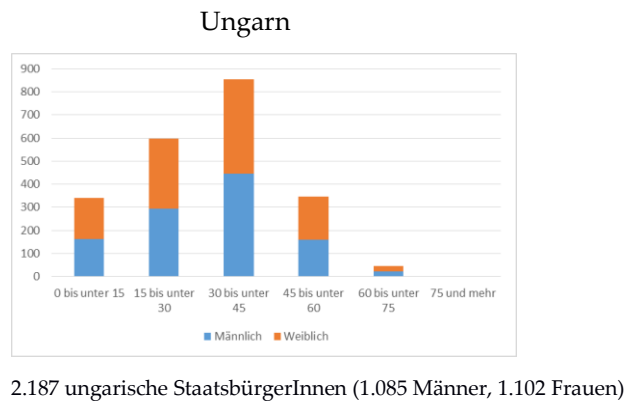
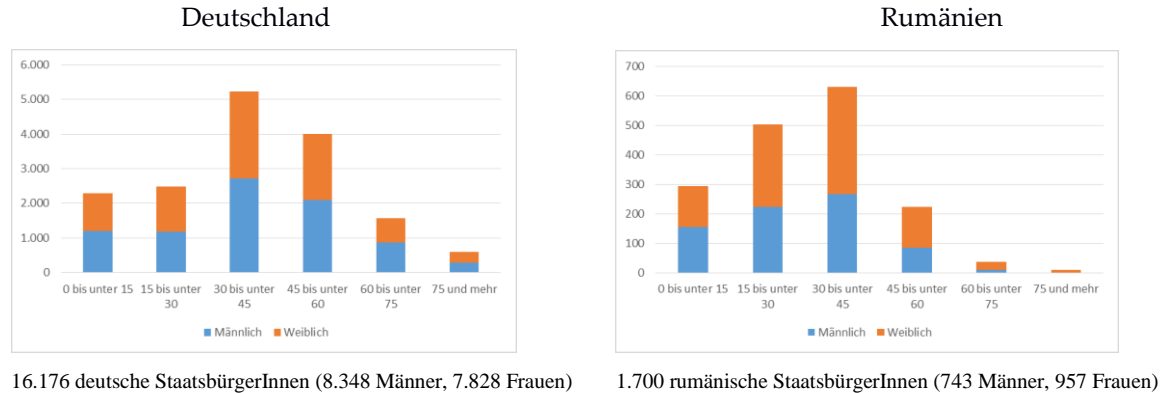
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Juni 2016
Deutschland	11.276	12.145	12.832	13.604	14.150	14.885	15.450	16.047
Ungarn	399	414	447	609	823	1.229	1.645	2.187
Rumänien	398	429	465	557	700	854	1.158	1.700
Slowakei	332	349	343	406	500	642	810	940
Polen	353	376	377	459	540	677	764	933
Bulgarien	132	146	166	184	272	342	456	674
Spanien	153	161	175	189	272	403	436	463
Tschechische Republik	133	144	139	170	191	229	280	320

© Häfele, Landesstatistik Vorarlberg 2016

Man sieht bei den Zugewanderten aus allen EU-Ländern, dass die Menschen in der erwerbstätigen Lebensphase jeweils die größte Gruppe stellen. Unter den Deutschen in Vorarlberg ist der Anteil an Männern und Frauen in etwa gleich groß. Unter den Rumänen stellen die 30 bis unter 45-Jährigen die größte Gruppe dar. Bei den Rumänen gibt es sehr viele Frauen, die v.a. als selbständige Personenpflegerinnen tätig sind. Neben Rumäninnen gibt es in Vorarlberg in diesem Bereich auch sehr viele Slowakinnen, die als Personenbetreuerinnen tätig sind. Die Selbständigen sind überhaupt die am stärksten wachsende Gruppe. Ungarinnen und Ungarn sind vielfach in dem großen Bereich der Gastronomie und Hotellerie beschäftigt, denn Vorarlberg ist ein Tourismusland. Bis vor wenigen Jahren gab es hier hauptsächlich MitarbeiterInnen aus Deutschland, die auch gezielt vom *Arbeitsmarktservice* (AMS) angeworben worden sind, um in der Gastronomie bzw. in den Hotels saisonal zu arbeiten. Durch die bessere Konjunktur in Deutschland sind inzwischen viele wieder zurückgegangen, weil sie dort ebenfalls Arbeit finden. Die Deutschen sind in diesen Branchen nun durch UngarInnen, RumänInnen und SlowakInnen ersetzt worden. Also auch innerhalb von Branchen hat sich ein Wechsel vollzogen. Das kann man sehr gut durch Auswertung der Daten des AMS bzw. des *Hauptverbands der Sozialversicherungsträger*

feststellen.

Grafik 4: Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in Vorarlberg, einzelne Länder (Stand 30.6.2016)



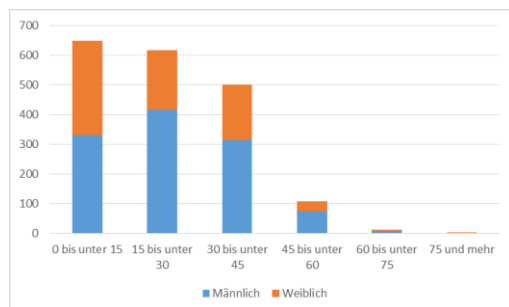
© Häfele 2016

VII. Aktuelle Daten zur Fluchtmigration

Bei der Fluchtmigration sieht man ein völlig anderes Bevölkerungsmuster. Derzeit gibt es in Vorarlberg etwas mehr als 1.800 syrische StaatsbürgerInnen. Es gibt sehr viel mehr Männer, aber wir stellen jetzt schon einen wachsenden Anteil von Kindern und Frauen durch den Familiennachzug fest. Das Bild verändert sich langsam. Bei den afghanischen StaatsbürgerInnen zeigt sich ein völlig anderes Bild. Da gibt es eine große Gruppe unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Im heurigen Jahr liegen bis heute die Afghanen, was Asylanträge anbelangt, an erster Stelle. Es gibt einen hohen Prozentsatz an jungen Männern und nur ganz wenige Frauen. Der Familiennachzug ist natürlich auch wegen der Verteilung der Altersgruppen ganz anders gelagert. Die UMF mit Status können ihre Eltern und Geschwister bis 18 Jahre nachholen. Aber dadurch, dass sie keine Erwerbsmöglichkeiten haben und oft das Einkommen, aber auch die Wohnung nicht nachweisen können, ist natürlich der Familiennachzug sehr stark erschwert. Bei den StaatsbürgerInnen aus dem Kriegs- und Krisenland Irak sieht man auch mehrheitlich Männer. Was ebenfalls interessant ist, dass bei allen FluchtmigrantInnen kaum ältere Menschen vertreten sind. Die Gruppe über 60 bis unter 75-Jährigen scheint bei allen Herkunftsnationen kaum auf. Unter dem Titel Russische Föderation laufen v.a. Tschetschenen und Tschetscheninnen. In dieser Gruppe ist die Anzahl der Frauen größer als die der Männer und das über Jahre konstant: Viele Frauen sind mit ihren Kindern geflüchtet, weil die Männer im Gefängnis waren, verschleppt oder getötet worden sind. Hier gibt es deshalb viele alleinerziehende Frauen.

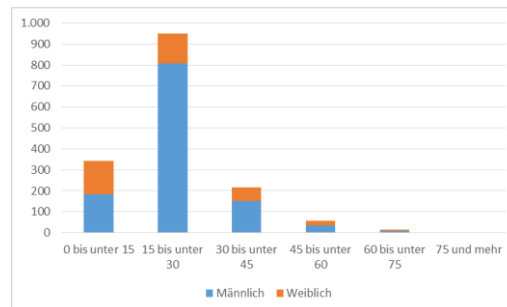
Grafik 5: Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in Vorarlberg, einzelne Länder (Stand 30.6.2016)

Syrische StaatsbürgerInnen



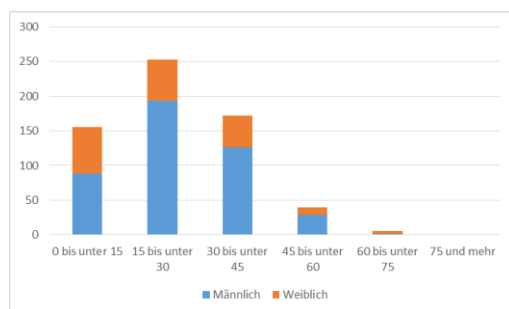
1.889 syrische StaatsbürgerInnen (1.145 Männer, 744 Frauen)

Afghanische StaatsbürgerInnen



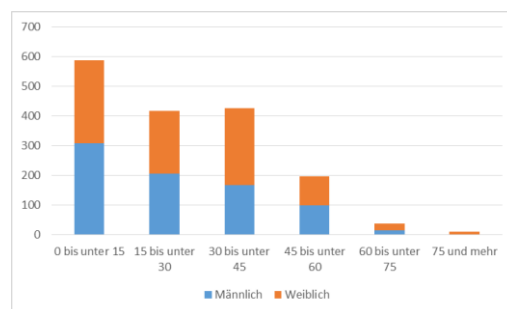
1.579 afghanische StaatsbürgerInnen (1.184 Männer, 395 Frauen)

Irakische StaatsbürgerInnen



627 irakische StaatsbürgerInnen (438 Männer, 189 Frauen)

Russische Föderation



1.677 russische StaatsbürgerInnen (799 Männer, 878 Frauen)

© Häfele 2016

VIII. Zugewanderte auf dem Arbeitsmarkt

Im Zeitraum von 2008 bis 2014 gehen vom Gesamtwachstum an Beschäftigungsverhältnissen in der Höhe von 9.779, 56 % das sind 5.452, auf Ausländerinnen und Ausländer zurück. Ein zweiter wichtiger Block bei der zunehmenden Zahl der Beschäftigungsverhältnisse stellen inländische Frauen dar. Natürlich wissen alle, die sich mit der Thematik Frauen am Arbeitsmarkt beschäftigen, dass es unter den inländischen Frauen sehr viele Teilzeitarbeitsverhältnisse gibt. Das sind also keine Vollzeitwerbsplätze, die hier erwachsen. Die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse inländischer Männer stagniert hingegen faktisch in diesem Zeitraum. Es gab nur ein Zuwachs von 152 erwerbstätigen Männern mit österreichischer Staatsbürgerschaft in Vorarlberg. Wenn man das mit der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer sowie der inländischen Frauen vergleicht, dann sind die inländischen Männer eigentlich die, bei denen der demografische Wandel derzeit am stärksten sichtbar ist.

Insgesamt ist der Anteil ausländischer Beschäftigungsverhältnisse an der gesamten Vorarlberger Beschäftigung von 2011 bis 2014 nur von 20,6 auf 22,6 % angestiegen. Im Falle von türkischen und ex-jugoslawischen Staatsbürgern stellen wir eine leichte Abnahme des Beschäftigtenanteils fest. Das könnte natürlich auch durch die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft bedingt sein. Das habe ich noch nicht überprüft.

Im Falle der Bundesrepublik Deutschland gibt es einen leichten Zuwachs. Das Gros des Zuwachses geht aber auf das Konto von Ungarn, Slowakei, Rumänien und Polen, deren Anteil an der Vorarlberger

Gesamtbeschäftigung jedoch nach wie vor sehr gering ist. Lediglich die Ungarn haben inzwischen die Ein-Prozent-Marke an den Erwerbstätigen überschritten.

Grafik 6: Zuwachs der Beschäftigungsverhältnisse in Vorarlberg 2011-2014 gesamt und ausgewählte Nationalitäten (Jahresdurchschnitte)

Zuwachs 2011-2014 insgesamt	davon		darunter									
	Inländer	Ausländer	BRD	Türkei	ehem. Jug.	Ungarn	Italien	Slowakei	Rumänien	Polen	Spanien	Bulgarien
+6.398	+2.191	+4.207	+806	-147	+231	+1.194	+197	+489	+378	+331	+168	+182

© Häfele 2016

Beim absoluten Zuwachs der ausländischen Erwerbstätigen stellen Ungarn die größte Gruppe dar, gefolgt von Deutschland und der Slowakei. Der absolute Anstieg bei den Beschäftigungsverhältnissen von Inländern ist in diesem Zeitraum in Vorarlberg nur halb so hoch wie unter den Ausländern.

Wenn man die Verteilung nach Branchen betrachtet, dann sieht man, dass ausländische Beschäftigte v.a. in der Warenproduktion (32%), Beherbergung und Gastronomie (17%), Handel und Instandhaltung von Kraftfahrzeugen (11%) tätig sind. Vorarlberg ist nach wie vor ein Land mit einem sehr hohen Produktionsanteil. Der Dienstleistungssektor (9% Anteil ausländischer Beschäftigter) ist im Vergleich zu anderen Bundesländern viel geringer. D.h. nach wie vor werden sehr viele Menschen in der Produktion benötigt. Die großen Firmen, wie *Blum*, *Zumtobel*, *Grass* oder *Alpla* sind alles Produktionsfirmen. In diesen Branchen wird auch sehr viel Schichtarbeit geleistet.

Der Anteil der FluchtmigrantInnen unter den unselbständig Erwerbstätigen ist derzeit noch immer verschwindend gering. Von Seiten der Politik werden dennoch viele Befürchtungen geäußert. Was wir jedoch feststellen können ist, dass die EU-BinnenmigrantInnen im Bereich der Unselbständigen die Gastarbeit der ersten und zweiten, teilweise auch bereits der dritten Generation verdrängen, weil in dieser Bevölkerungsgruppe nach wie vor ein Qualifizierungsdefizit besteht. Wir haben dort eine hohe Rate von Personen, die nur einen Pflichtschulabschluss haben. Da sind die Zahlen für Vorarlberg und Wien sehr ähnlich. Vorarlberg ist hier Wien, aber auch Oberösterreich, viel näher wie den anderen Bundesländern. Das hängt mit der Industrie- und Wirtschaftsstruktur zusammen.

Grafik 7: Unselbständig Beschäftigte (August 2016)

Unselbst. Beschäftigte	davon		darunter									
	Inländer	Ausländer	BRD	Türkei	ehem. Jug.	Ungarn	Italien	Slowakei	Rumänien	Polen	Spanien	Bulgarien
160.595	123.871	36.724	10.786	7.522	2.949	2.266	786	846	1118	818	249	424
Anteil an Gesamt	77%	23%	7%	5%	2%	1%	0%	1%	1%	1%	0%	0%
Anteil an ausl.			29%	20%	8%	6%	2%	2%	3%	2%	1%	1%

STATUS	gesamt	Inländer	Ausländer	Russische Föderation	Syrien	Afghanistan	Somalia	Irak
unselbst. EW	160.595	123.871	36.724	310	158	211	90	36
Anteil unselbst. EW				0,193%	0,098%	0,131%	0,056%	0,022%
arbeitslos	9.615	6.788	2.827	167	65	39	22	9

© BMASK, BALI 2016

IX. Zuwanderung aus Sicht der ExpertInnen, Unternehmen und Zugewanderten

Öffentliche Aufmerksamkeit und Wahrnehmung der Zuwanderung

Seit Herbst 2015 steht die Bewältigung der *Fluchtmigration im Zentrum* der öffentlichen Aufmerksamkeit. In Vorarlberg wurde in kurzer Zeit eine landesweite und regionale Koordinations- und Zuständigkeitsstruktur aufgebaut. Alle anderen MigrantInnen, sei es der ersten, zweiten oder dritten Generation sind in den Hintergrund gerückt. Einzelne sehr sichtbare Zugewanderte wie die Roma, die zumeist aus Rumänien kommen, werden sehr stark wahrgenommen. Generell fehlt aber das Wissen aber auch die Aufmerksamkeit über die neuen Zuwanderungsgruppen aus den EU-Staaten.

Gerade bei den zugewanderten Deutschen wird immer wieder vermutet, dass sie alles verstehen würden. Aber selbst die haben häufig Probleme. Vor allem junge Familien sind mit großen Herausforderungen konfrontiert, weil sie keine Unterstützungsstruktur haben. Vorarlberg hat nach wie vor was die Kleinkindbetreuung angeht die niedrigsten Quoten. Keines der *Barcelona-Ziele* zum Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder in Europa werden erfüllt. Gerade junge Familien, die aus dem Osten Deutschlands zugewandert sind und die eine intensive Kinderbetreuung auch im Kleinkindalter gewohnt sind, sind oft sehr darüber schockiert, wie schwierig die Situation in Vorarlberg ist, für kleine Kinder einen Betreuungsplatz zu finden.

Inzwischen zeichnen sich bereits *Ressourcenkonflikte* im Bereich Wohnen ab. Der Wohnraum ist sehr beschränkt und sehr teuer. Konflikte gibt es auch im Bereich Sprache. Die Flüchtlinge bekommen kostenlose Sprachkurse, die Zugewanderten müssen dafür viel Geld hinlegen.

Wahrnehmung der Zugewanderten aus EU-Staaten durch Institutionen

Die Institutionen stellen generell größeres individuelles Kapital, d.h. größere „*Ich-Ressourcen*“ bei den aus den EU-Staaten zugewanderten Menschen fest. Die EU-MigrantInnen sind informiert und wissen über ihre Rechte, die ihnen zustehen, Bescheid. Sie haben Zugang zu den sozialen Medien und häufig bringen sie auch Auslandserfahrungen mit. Sie stellen aber ungleiche Chancen für zuwandernde Paare (v.a. „*Dual-Career-Paare*“) und junge Familien fest. Gerade bei zugewanderten Paaren ist es schwierig, wenn die eine Person, z.B. der Mann, eine fixe Arbeitsplatzzusage hat, und die andere, z.B. die Frau, mit einem Universitätsstudium auch lange in einem qualifizierten Job gearbeitet, aber aufgrund der Sprachkenntnisse keinen Zugang zum Vorarlberger *Arbeitsmarkt* hat. Diese Situation hat sich in den vergangenen Jahren als wirkliche Herausforderung gezeigt, obwohl Firmen hier unterstützen, sodass qualifizierte mitreisende Frauen vor großen Herausforderungen bei der Arbeitssuche stehen. Oft haben diese Frauen zudem Studien abgeschlossen, die sehr sprachlastig und auch schriftlastig sind, wie z.B. Marketing, im Vergleich zu Technik, wo die deutsche Sprache eine wesentlich geringere Rolle spielt. Das erschwert den Zugang zum Vorarlberger Arbeitsmarkt nochmals.

Auch die Vermittlung von Hochsprache und *Dialekt* ist in Vorarlberg ein Problem. Das wird immer wieder auch von den Flüchtlingen thematisiert. Sie lernen Hochdeutsch in den Kursen und kommen dann hinaus auf die Straße, ins Geschäft, zum Bahnhof, in die Behörde und werden dort sehr direkt mit dem Vorarlberger Dialekt konfrontiert. Auch in den Behörden, bei denen Deutsch die Amtssprache ist, bestehen die meisten Menschen darauf Dialekt zu sprechen. Sie gehen dabei sehr selten und wenig auf die Bedürfnisse der Nicht-Deutschsprachigen ein. Da ist noch sehr viel Bewusstseinsarbeit notwendig, v.a. auch deshalb, da sich in den vergangenen zehn Jahren der Vorarlberger Dialekt auch im öffentlichen Leben viel stärker etabliert hat. Früher war es üblich, Vorträge, Diskussionen usw. in Hochdeutsch zu halten, heute ist das nicht mehr Gang und Gäbe, heute wird sehr häufig nur noch im Dialekt gesprochen, auch wenn Gäste aus dem deutschsprachigen Raum anwesend sind, die kein Wort Vorarlbergerisch verstehen. Das betrifft natürlich auch die Zugewanderten: Ihr berufliches und privates Umfeld kommuniziert vorrangig im lokalen Dialekt.

Unternehmen zur Zuwanderung

Primäres Ziel der befragten Unternehmen ist die Rekrutierung von Arbeitskräften, die auf dem Vorarlberger Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Es wird auch hierzulande häufig vom *Fachkräftemangel* gesprochen. Dieser Fachkräftemangel ist beschränkt auf einige Branchen und Bereiche. Gefragt sind Arbeitskräfte in bestimmten Qualifikationsfeldern: Technik, IT, Softwareentwicklung, internationales Marketing und Verkauf. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass viele FluchtmigrantInnen über diese Qualifikationen verfügen. Auch AMS-Regionalleiter müssen feststellen, dass sie alle massiv überschätzt haben, wie langsam die Arbeitsmarktintegration dieser Gruppe geht und wie viele Hindernisse es v.a. für FluchtmigrantInnen am Arbeitsmarkt gibt. Unternehmen leisten Unterstützung bei der Integration im Unternehmen und im sozialen Umfeld, v.a. aber wenn es sich um internationale Fachkräfte handelt. Wenn das jemand ist, der auf dem Hilfsarbeiterlevel tätig ist, dann fällt die Unterstützung gleich viel geringer aus. Denn mit der Anwerbung und der Integration internationaler Fachkräfte sind hohe Rekrutierungskosten für das Unternehmen verbunden. Da geht es darum, diese Menschen möglichst lange im Unternehmen zu halten. International tätige Unternehmen verfügen über eigene Unterstützungsstrukturen. Die haben z.T. Clubs und abgestellte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die sich um neue, insbesondere zugewanderte Mitarbeiter kümmern. In kleinen und mittleren Unternehmen ist dies sehr viel schwieriger, weil hier geht es meistens darum, dass sich jemand „berufen“ fühlt, sich um neue MitarbeiterInnen zu kümmern, d.h. bei der Wohnungssuche, Kennenlernen von Freizeitangeboten usw. Es gibt hier kein Regelsystem und oder keine Regelstruktur, die Unterstützung gewährt.

X. Die Zugewanderten – Leben und Arbeiten in Vorarlberg

Die Zugewanderten verfügen oft über Arbeitserfahrungen und internationale Berufserfahrungen. Es gibt keine eindeutigen Motive für Migration mehr. Diese sind meist sehr vielfältig. Sehr häufig haben gerade die Jungen eine *Portfolio-Karriere* im Blick. Diese arbeiten in unterschiedlichen EU-Ländern, gewinnen unterschiedliche Lebens- und Arbeitserfahrungen und bauen sich dadurch ein eigenes Portfolio an internationalen Berufserfahrungen auf. Die Zufriedenheit am Arbeitsplatz und ein positives Arbeitsumfeld werden als wichtige Bleibefaktoren genannt. Es gibt große Herausforderung mit der Bildungssprache Deutsch und dem Vorarlberger Dialekt sowie mit der Wohnsituation und den eingeschränkten Konsummöglichkeiten (Abende und Wochenenden). Was Zugewanderte v.a. aus EU-Ländern immer wieder überrascht, dass es in Österreich ein 13. und 14. Monatsgehalt gibt. Diese beiden Gehälter müssen bei der Berechnung des Lohns auf das ganze Jahr umgelegt werden. Die *soziale Integration* ist in Vorarlberg auch wegen der dichten Vereinsstruktur schwierig. Um da hinein zu kommen benötigt man „FürsprecherInnen“ und Unterstützung.

Zum Abschluss sollen noch die *Fünf Dimensionen zur Gestaltung einer erfolgreichen Integration* vorgestellt werden.

1. Zum Zeitpunkt der Einwanderung und des Ankommens besteht ein hoher *Informationsbedarf* bezüglich Leben und Arbeiten. Die Information muss ausreichend und rasch erfolgen. Fehlende Sprachkenntnisse erschweren jedoch die Informationsbeschaffung. Selbst viele offizielle und behördliche Websites verbreiten kaum Informationen auf Englisch.
2. Im Zeitverlauf wird der Informationsbedarf vom Bedürfnis nach *sozialer Integration* abgelöst.
3. *Sprachkenntnisse* sind eine dritte zentrale Dimension einer gelungenen Integration.
4. *Familiäre Situationen* erzeugen unterschiedliche Bedürfnisse. Die Familiensituation ist daher bei der Gestaltung von Integrationsangeboten zu berücksichtigen. Gerade bei einem Schulwechsel der Kinder (wie z.B. von der Volksschule in eine Neue Mittelschule oder Gymnasium) entsteht ein sgn. „*Window of Opportunity*“ um weiter zu wandern. Wenn die Kinder in einer Schule fix verankert sind, dann wandern die Eltern bzw. die Familien viel weniger weiter. Es gibt in

Vorarlberg keine internationale Schule. Die nächste internationale Schule ist in Buchs in der Schweiz. Dort kann man ein internationales Bakkalaureat machen, welches in anderen Ländern anschlussfähig ist. Das ist auch ein Defizit, das gerade von vielen Hochqualifizierten beanstandet wird. Die Schule in Buchs ist außerdem sehr teuer, somit kann sich das auch nicht jeder leisten.

5. Letzten Endes beeinflusst die *Bleibeabsicht* die Integrationsbereitschaft.

Diskussion

Kolland: Könnten Sie als Ergänzung auch etwas zur Integration im ländlichen Raum sagen, einerseits in welcher Art und Weise Migranten und Migrantinnen in der Landwirtschaft und in der saisonalen Arbeit tätig sind und auch wie die Landwirtschaft insgesamt in den kleinräumigen Gemeinden darauf reagiert? Sie haben sehr viel über Städte und die Industrie gesprochen, aber nicht so sehr über den Raum, der uns hier besonders interessiert.

Häfele: Was den ländlichen Raum anbelangt, nehme ich die ganz aktuelle Fluchtmigration in den Fokus. Vorarlberg hat es geschafft und das finde ich eine Leistung, dass alle Flüchtlinge auf 93 Gemeinden aufgeteilt wurden. Vorarlberg hat 96 Gemeinden, wobei drei Gemeinden keinen unmittelbaren Zugang zu Österreich haben. Letztere befinden sich im Kleinen Walsertal, welches nur über Deutschland erreicht werden kann. Wir haben heute also selbst in allen Klein- und auch Kleinstgemeinden Asylwerber und Menschen mit Konventionsstatus. Ich arbeite gerade an einem Projekt zu diesem Thema. Die Integration funktioniert gerade im ländlichen Raum sehr gut. Ich nenne hier zwei Beispiele. Das eine ist der *Bregenzerwald*, eine relativ große Region mit kleinen Gemeinden, Klein- und Mittelbetrieben. Das andere ist das *Montafon*, ein Tourismusgebiet. Diese beiden ländlichen Regionen haben ganz spezielle Programme auf lokaler Ebene für die Arbeitsmarktintegration entwickelt. Was dort besonders hervorsteht, ist eine massive Unterstützung durch Freiwillige. Diese Unterstützung beginnt bei der Deutschbegleitung und geht dann weiter bis zur sozialen Integration, aber auch zur Vermittlung an Betriebe. Ohne das jetzt empirisch abzusichern, kann man sagen, dass für diese neu Zugewanderten im ländlichen Raum diese Arbeitsmarkt- und soziale Integration sehr gut funktioniert.

Bei der Arbeitsmigration, aber auch bei der EU-Binnenmigration, muss man bedenken, dass die Tourismusregionen gleichzeitig auch die ländlichen Regionen sind. Im Rheintal als Industriezone gibt es nur Geschäftstourismus. RumänInnen, UngarInnen und SlowakInnen (in der Mehrzahl Frauen) sind in erster Linie in ländlichen Regionen, d.h. in den Tourismusregionen beschäftigt. Hier kommt aber ein wichtiger Umstand dazu, denn man nicht außer Acht lassen sollte: im Tourismusbereich gibt es keine klassischen Wohnprobleme, weil während der Beschäftigung werden Wohnungen zur Verfügung gestellt. Ich habe auch die Zweitwohnsitze dieser Zugewanderten gerade in den ländlichen Regionen untersucht, aber nicht mehr in die Studie aufgenommen. Da sieht man immer ganz deutliche Schwankungen. Während der Wintersaison kommt es zu einem Anstieg, dann bricht die Kurve ab, dann folgt die Sommersaison mit einem neuerlichen Anstieg usw. Da haben wir, was den Arbeitsmarkt anbelangt, sehr viele Zugewanderte. Deren Zahl ist oft höher als jener der Einheimischen.

Was die in den ländlichen Raum zugewanderten Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen anbelangt, ist das Bild gemischt. Wir haben hier eine Konzentration auf das Industriegebiet zwischen Feldkirch und Bregenz, bzw. Feldkirch und Bludenz. Es gibt aber auch sehr viele Türkischstämmige, die in den Bregenzerwald gezogen sind, weil es dort die vielen Handwerksbetriebe gibt. Das sind kleinere Betriebe zwischen zehn und fünfzig MitarbeiterInnen. Ich habe das auf der Jugendlichen-Ebene, also auf der Ebene der zweiten Generation untersucht. Da funktioniert die Integration sehr gut, v.a., weil auch dort auf Vereinsebene sehr starke Bemühungen im Gange sind, Jugendliche z.B. in diese großen Freiwilligen- und Blaulicht-Organisationen (Feuerwehr, Rotes Kreuz usw.) hereinzuholen. Dort haben wir wiederum das Thema, dass wenn sie dann mit 15 Jahren den Pflichtschulabschluss haben und nicht ins Gymnasium gehen – im Bregenzerwald gibt es z.B. nur ein einziges Oberstufengymnasium – dann müssen sie zumeist

eine Lehrstelle draußen im Rheintal, im Industriegebiet finden. Sehr häufig lassen sie sich dann dort auch nieder. Die Eltern bleiben nach wie vor in den ländlichen Gebieten zurück. In der Gastarbeitergeneration gibt es dort aber eher eine Abwanderung. Das sind aber alles noch laufende Prozesse. Es gibt hier eine interessante Untersuchung von *Ingrid Machold et al. (2013)* zur Integration im ländlichen Raum. Ich beobachte das immer aus der Perspektive des Industriegebiets, weil dort auch bevölkerungsmäßig der Schwerpunkt liegt. Der ländliche Raum ist in Vorarlberg nicht einheitlich ländlich. Selbst was den Bregenzerwald anbelangt, gibt es nicht mehr sehr viel Landwirtschaft, sondern sehr viele erfolgreiche Klein- und Mittelbetriebe und einen Großbetrieb. Wenn man das Große Walsertal, das Klostertal oder das Montafon hernimmt, dann zeigen sich ganz ähnliche Strukturen, wobei der Schwerpunkt im Klostertal und im Montafon im Tourismus liegt. Dort gibt es einen sehr hohen Anteil, bis zu 60% von ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund. Diese arbeiten dort aber oft nur saisonal. Die kommen zwar immer wieder, in den Zwischensaisonen sind sie dann irgendwo anders tätig.

Kolland: Und wie ist es in der Landwirtschaft selbst?

Häfele: Da müsste ich jetzt differenzieren. Im Rheintal gibt es eine großflächige Landwirtschaft. Da werden v.a. Schnellfrüchte und Erdbeeren angepflanzt. Da haben wir Beschäftigte v.a. aus Polen, Slowakei und Rumänien, die aber nur saisonal meist zur Erntezeit tätig sind. In der klassischen Landwirtschaft haben wir in Vorarlberg die Alpwirtschaft in Form einer Dreistufenwirtschaft (vgl. *Groier 1990*). Auf den Rinder- und Kuhalpen haben wir bereits seit vielen Jahren meist saisonal tätige Zugewanderte aus Brasilien. Das sind Rückwanderer aus *Dreizehnlinden (Treze Tílias, Bundesstaat Santa Catarina)*, die auf den Almen als Sennerinnen und Hirten tätig sind. Gerade im Bregenzerwald und im Großen Walsertal gibt es einige Almgebiete, die zu 70% von Rückgewanderten aus Brasilien bearbeitet werden. In Bezau hatte sich vor einigen Jahren z.B. eine wirklich größere Kolonie von Brasilianern mit Frauen und Kindern angesiedelt, die in diesem sehr beschaulichen Ort ein brasilianisches Leben geführt haben. Es gab tagaus tagein Feste, Musik und Lärm, so schilderten es die Einheimischen. Das führte auch zu Problemen in den Schulen und es war eine große Herausforderung für die Kindergärten, da die Kinder nur noch Portugiesisch sprachen. Die älteren Generationen sprechen zwar zum Teil noch Deutsch, aber nur ein rudimentäres, einfacheres Deutsch. Lesen und Schreiben war wesentlich weniger gut entwickelt als die Sprache. Es gibt also sehr viele Einzelphänomene, die es zu beleuchten gälte. Es gibt leider nur wenige Forscherinnen und Forscher, die sich mit diesen Migrationsmustern in Vorarlberg beschäftigen.

Dax: Diese Perspektiven sind manchmal sehr attraktiv. Gerade das Beispiel der Brasilianer ist kein Einzelfall. In der Schweiz hat es in den 1990er Jahren sehr viele Portugiesen auf den Almen gegeben. In Österreich gibt es auf den Almen auch sehr viele Nepalesen usw. Das ist kein Zufall. Sie haben sehr stark betont, dass Wanderungsbewegungen nicht nur eine Richtung verlaufen. Ich möchte das unterstreichen. Wanderungsbewegungen werden zunehmend zu zirkulären Bewegungen, es gibt Pendelwanderungen, es gibt stufenweise Wanderungen. Es ist sehr wichtig, dass man mit diesem Vorurteil aufräumt, dass Wanderung von einem Ort zu einem anderen geht und dann abgeschlossen ist. In den seltensten Fällen ist das so. Ich arbeite gemeinsam mit *Ingrid Machold* an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen v.a. an Fragen der Integration im ländlichen Raum. Wir haben diese Studie vor mehreren Jahren gemacht und dabei einige quantitative Erkenntnisse für ganz Österreich gewonnen. Was Sie für Vorarlberg gezeigt haben, gilt für ganz Österreich, dass wir nämlich in der Außenwanderungsbilanz in allen Bezirken Österreichs eine positive Bilanz in fast allen Jahren seit dem Jahr 2000 haben, d.h. die Außenwanderung ist sehr positiv für alle Gebiete in Österreich, insbesondere auch für die ländlichen Gebiete. Das wird in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. Wenn man Ausländer und Österreicher trennt, dann haben die Österreicher eine negative Bilanz, d.h. es wandern mehr Österreicher ins Ausland ab, als aus dem Ausland nach Österreich zurückkommen. Logischerweise ist für Österreicher Deutschland, die USA oder Großbritannien, Schweiz usw. immer noch attraktiv. Es wäre noch deutlicher, wenn man Ausländer und Österreicher in der Darstellung trennen würde. Das ist für Österreich insgesamt ganz wichtig. Was bei

unserer Studie am Schluss sehr stark herausgekommen ist, dass man auf den Aspekt der sozialen Integration ganz besonders Wert legen muss, nicht nur auf die quantitative Arbeitsmarktintegration. Das haben wir auch in Vorarlberg bei unseren Gesprächen gesehen. Wir haben auch andere Beispielsregionen, v.a. in Oberösterreich und Tirol analysiert. Vorarlberg ist zweifellos für Österreich eines der Beispielsregionen für eine gelungene soziale Integration, von dem wir auch für andere Regionen lernen können. Nenzing ist z.B. ein gutes Beispiel dafür. Man kann das zwar nicht direkt übertragen, aber dennoch für andere Regionen lernen. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass man da den Austausch fördert.

Häfele: Ich gebe Ihnen vollkommen Recht. Vieles, was ich nicht gesagt habe, ist in der Studie enthalten. Es ist dort auch eine größere Anzahl Best-Practice-Beispiele angeführt.

Die **nächste Sitzung** der **Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung** findet am **Freitag, 17.3.2017 10.00 Uhr s.t.** an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen statt, 1030 Wien, Marxergasse 2/Mezzanin. Folgende Beiträge stehen auf dem Programm:

R. Stotten (Universität Innsbruck, Institut für Soziologie): Landschaftssozialisation und Einfluss des Habitus auf die Landschaftswahrnehmung von Bauern im Schweizerischen Alpenraum

Dr^a Rike Stotten studierte Geographie und Soziologie an der RWTH Aachen. Mit ihrer Dissertation zur Landschaftswahrnehmung von Bauern hat sie an der Universität Innsbruck promoviert. Seit Sommer 2015 arbeitet sie als Projektmitarbeiterin in der Arbeitsgruppe „Ländliche Entwicklungen“ des Forschungszentrums Berglandwirtschaft an der Universität Innsbruck. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der qualitativen (visuellen) Sozialforschung und der Agrarsoziologie.

E.-M. Griesbacher (Universität Graz, Institut für Soziologie): Multiple Überlastungssituationen in bäuerlichen Familien und deren Auswirkung auf den Fortbestand bäuerlicher Betriebe

Mag^a Eva-Maria Griesbacher ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Lektorin am Institut für Soziologie der Karl-Franzens-Universität Graz. Ihre Hauptinteressensgebiete liegen in der arbeits- und familiensoziologischen Belastungsforschung, wobei sie derzeit einen speziellen Fokus auf bäuerliche Familien legt. Des Weiteren befasst sie sich mit den Möglichkeiten des Coachings von Familien in akuten multiplen Belastungssituationen in persönlichen, familiären und beruflichen Lebensbereichen.

Literaturhinweise

- Kroismayr, Sigrid (2015): Entwicklungstrends von Volksschulen in Österreich zwischen 1990 und 2014 unter besonderer Berücksichtigung von Kleinschulen. In: SWS-Rundschau, 1/2015, 115-132.
- Kroismayr, Sigrid; Hirzer, Petra; Bittner, Marc (2016): Schulschließungen im ländlichen Raum – Beginn oder Endpunkt einer demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Abwärtsspirale? In: Egger, Rudolf; Posch, Alfred (Hg.): Lebensentwürfe im ländlichen Raum. Ein prekärer Zusammenhang? Heidelberg.
- Kroismayr, Sigrid (2016): Gesetzliche Grundlagen zur Auflassung von Kleinschulen und deren Umsetzung seit der Jahrtausendwende. In: Ganner, Michael et al. (HrInnen): Rechtstatsachenforschung heute - Tagungsband 2016. Innsbruck, 123-153.
- Mauss, Marcel (1990): Die Gabe. Form und Funktion des Austausches in archaischen Gesellschaften, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Antalovsky, Eugen; Herzog, Siegrun; Wolffhardt, Alexander (2009): Integrationsleitbilder und Integrationsbeiräte österreichischer Städte. Dossier zur Online-Befragung. Wien

Arbeitsmarktservice (AMS, 2014): AMS-Qualifikationsstrukturbericht 2013 für das Bundesland Vorarlberg. Wien

- Biffel, Gudrun; Bock-Schappelwein, Julia (2013): Zur Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern in Österreich, WIFO Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Donau-Universität Krems, Department für Migration und Globalisierung, September 2013
- Brunnbauer, Martin (2014): Sie kommen, um zu bleiben. Wege zur erfolgreichen Integration ausländischer Fach- und Schlüsselkräfte. Masterarbeit an der Ferdinand-Porsche-Fern-FH. Wien
- Buchebner, Christine und GfK (2014): Integration und EU-Bürger. Ergebnisse der Fokusgruppen. Eine Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres. Wien
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK, 2016): BALI (Beschäftigung : Arbeitsmarkt : Leistungsbezieher : Informationen), Online-Datenbankabfragesystem von Arbeitsmarktinformationen und des APF-Teams (Analyse, Prognose und Forschung) der Sektion VI: www.dnet.at/bali
- Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA, 2015): Integrationsbericht 2014. Integrationsthemen im Fokus. Expertenrat für Integration, Wien
- Bundesministerium für Inneres (BMI, 2015): Asylstatistik Juni 2015. Wien
- Groier, Michael (1990): Die Dreistufenwirtschaft in Vorarlberg: Entwicklung, Bedeutung, Perspektiven. Forschungsbericht Nr. 26 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien
- Burtscher, Simon (2009): Zuwandern_aufsteigen_dazugehören, Etablierungsprozesse von Eingewanderten, Studienverlag, Innsbruck-Wien-Bozen
- Depaoli-Hauser, Claudia (2013): Familienfreundliche Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel in Vorarlberg. Masterarbeit an der Fachhochschule Vorarlberg. Dornbirn
- Europäische Gemeinschaften und Europäische Kommission (2005): Handbuch zur Integration für Entscheidungsträger und Praktiker, Brüssel
- Europäische Kommission (2014): Memo: Arbeitskräftemobilität innerhalb der EU. [http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-14-541 de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-541_de.htm)
- Gächter, August (2008): Migrationspolitik in Österreich seit 1945. Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität Nr. 12. Wien
- Gächter, August (2013): Kosten von unzureichender Integration von EinwanderInnen. Zentrum für Soziale Innovation. Wien
- Gächter, August; Manahl, Caroline; Koppenberg, Saskia (2015): Identifizierung von Arbeitskräftemangel und des Bedarfs an Arbeitsmigration aus Drittstaaten in Österreich. Wien
- Genc, Ahmet (2008): Positionen und Funktionen ausländischer Arbeitskräfte für den Vorarlberger Arbeitsmarkt in den letzten vier Jahrzehnten – eine statistische Analyse. Masterarbeit an der Universität Innsbruck. Innsbruck
- Groier, Michael (1990): Die Dreistufenwirtschaft in Vorarlberg: Entwicklung, Bedeutung, Perspektiven. Forschungsbericht Nr. 26 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien
- Güngör, Kenan; Perchinig, Bernhard (2015): Evaluation der Integrationsarbeit und -landschaft Vorarlbergs. Zeitraum 2006–2014. Bregenz
- Häfele, Eva (2015): Europäisch, jung, mobil - Neue Zuwanderung nach Vorarlberg 2008 bis 2014. Studie im Auftrag der AK Vorarlberg https://vbg.arbeiterkammer.at/service/zeitschriftenundstudien/Studien/Neue_Zuwanderung.html
- Haug, Sonja (2000): Klassische und neuere Theorien der Migration. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung. Nr. 30. Mannheim
- Krings, Torben (2013): Von der „Ausländerbeschäftigung“ zur Rot-Weiß-Rot Karte: Sozialpartnerschaft und Migrationspolitik in Österreich. Working Paper 01/2013. Abteilung für Wirtschafts- und Organisationssoziologie, Institut für Soziologie der Universität Linz. Linz
- Landesmann, Michael; Mara, Isilada; Vidovic, Hermine; Hopfer, Helmut; Schuster, Philip; Titelbach, Gerlinde (2013): Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnung am 1. Jänner 2014 auf den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich. Endbericht. Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche und Institut für Höhere Studien. Wien
- Landesstelle für Statistik im Amt der Vorarlberger Landesregierung (2014): Wanderungsstatistik 2014. Bregenz
- Landesstelle für Statistik im Amt der Vorarlberger Landesregierung (2015a): Die Bevölkerung Vorarlbergs und die Staatsbürgerschaftsverleihungen im Jahr 2014. Bregenz
- Landesstelle für Statistik im Amt der Vorarlberger Landesregierung (2015b): Sozialindikatoren 2015. Bregenz
- Lee, Everett S. (1972): Eine Theorie der Wanderung. In: Széll, György (Hg.): Regionale Mobilität. München, S. 117–129
- Machold, Ingrid; Dax, Thomas; Strahl, Wibke (2013): Potenziale entfalten. Migration und Integration in ländlichen Regionen Österreichs. Forschungsbericht Nr. 68 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien

- Münz, Rainer und Synthesis Forschung (2014): Zuwanderung nach Österreich: ein Gewinn? Überlegungen zur Entwicklung der Humanressourcen in Österreich. Wien
- OECD (2014): Recruiting Immigrant Workers: Austria 2014. OECD Publishing. Download: <http://tinyurl.com/oecd-recruiting2014>
- Österreichischer Integrationsfonds (2014a): EU-Migration nach Österreich. Factsheet 05. Wien
- Österreichischer Integrationsfonds (2014b): Migration und Integration. Zahlen, Daten, Indikatoren. Erstellt von Statistik Austria. Wien.
- Österreichischer Integrationsfonds (Hg.) (2015): Migration und Arbeit. Factsheet 13. Aktuelles zu Migration und Integration. Wien
- Park, Robert E.; Miller, Herbert A.; Thomas, William I. (1921): Old World Traits Transplanted. New York
- Pohn, Eva Maria (2014): Chancenland Vorarlberg: Was den Wirtschaftsraum für internationale Fachkräfte attraktiv und lebenswert macht. Masterarbeit an der Ferdinand-Porsche-Fern-FH. Wien
- Proch, Celina; Hünefeld, Lena; Hofmeister, Heather (2013): Die Bereitschaft zu berufsbedingter Migration in Europa. In: Soziale Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, 2013, Vol. 22 (4), S. 255–270
- Ravenstein, Ernst: The laws of migration, in: Journal of the Statistical Society 48, S. 167-227, 1885; The laws of migration: Second Paper, in: Journal of the Statistical Society 52, S. 214-301, 1889.
- Segert, Astrid; Heil, Erich; Walch, Dominik (2012): Erwerbstätige MigrantInnen im Tourismus.
- Statistik Austria (2015): Arbeitsmarktsituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2014. Wien
- Thomas, William I.; Znaniecki, Florian (1918–1920): The Polish Peasant in Europe and America. 5 Bde. Boston
- UNHCR Österreich – Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) (2015b): Subsidiär Schutzberechtigte in Österreich. Wien
- Wirtschaftskammer Vorarlberg (2011): Fachkräftebarometer 2011. Feldkirch
- Wirtschaftsstandort Vorarlberg GmbH (WISTO) (2011): Orientierung. Chancenland Vorarlberg. Fachkräftesituation in Vorarlberg. Dokumentation der Studie zum Thema regionaler Fachkräftebedarf. Dornbirn
- Wolaskowitz, Friedl (2012): Beim Chinesen. Chinesische Immigration in Vorarlberg am Beispiel der Gastronomie. Magisterarbeit an der Universität Innsbruck. Innsbruck
- Zingg, Alexandra (2013): Analysing the Chances and Risks of Mobile Researchers and their Partners/Families within Europe. ETH – Eidgenössische Technische Hochschule Zürich. Download: www.euraxess-tandem.eu/fileadmin/content/publications/Summary_CH_Europe_final.pdf